

# Die Baugewerkschafft

## Organ des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 2.— Mk. (ohne Bestellgeld), bei Zustellung unter Kreuzband 2,40 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.  
Schluß der Redaktion: Montag, morgens 8 Uhr.

Herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Schriftleitung: Berlin O, Rüdersdorfer Straße 60.

Anzeigenpreis: Inserate 60 Pf., Reklame 1,80 Mk.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen  
jeder Nummer.

Nummer 33.

Berlin, den 17. August 1913.

14. Jahrgang.

## Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen und Gewerkschaftsbewegung.

II.

Unsere Ausführungen im vorigen Artikel dürften hargan haben, daß in allen Gesellschaftsklassen der Gegenwart große Anstrengungen nach einer materiellen Besserstellung gemacht werden. Wir könnten feststellen, daß bei denen, die am meisten über die große Unzufriedenheit in Arbeiterkreisen wettern, die größte Unzufriedenheit vorhanden ist. Damit soll gewiß nicht die Behauptung aufgestellt werden, als wären die Arbeiter nicht auf Erhöhung des Einkommens, Verkürzung der Arbeitszeit usw. bedacht. Die Gegenwart wird gerade dadurch besonders gekennzeichnet, daß die Arbeiterbevölkerung nicht still sich in die schlechten Verhältnisse schickt, sondern alle Kräfte ausbüttelt, um an den kulturellen Fortschritten Anteil zu bekommen.

Kann man so ein allgemeines Streben nach Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse feststellen, so ist die andere Frage zu beantworten: Woraus ist dieses Streben zurückzuführen? Bei denen, die an der Sonnenseite des Lebens wandeln, ist es freilich nichts neues, daß sie nach Reichtum streben. Aber warum legen die unteren Volkschichten im Gegen-  
satz zu manchen früheren Zeiten auf eine Vermehrung der materiellen Güter so großen Wert? Dafür sind manche Gründe anzuführen. Es hat wohl kaum eine Zeit gegeben, wo die Bildungsmöglichkeiten so groß waren wie in der Gegenwart. In Deutschland wird fast allen Kindern Lesen und Schreiben gelernt. Durch die Rotationsmaschine wurde die Möglichkeit geschaffen, ungeheuer viel bedrucktes Papier unter die Volksmassen zu werfen. Die Tagespresse vermittelt Berichte aus allen Erdteilen, sie schildert Erfindungen und Entdeckungen, sie erzählt von großen Erröten der Altiengesellschaften usw. Nun ist es aber eine bekannte Tatsache, daß ein geistiger Aufstieg auch andere Bedürfnisse zur Folge hat. Und was weiter in das Gewicht fällt, ist die Tatsache, daß bei einer gewissen geistigen Reife die ertsmögliche Höhe nicht mehr aufgegeben wird.

Es ist eine erfreuliche Tatsache, daß die letzten Jahrzehnte der deutschen Arbeiterschaft einen geistigen Aufstieg gebracht haben. Dadurch wurden aber auch neue Bedürfnisse geweckt, und das damit verbundene Streben trat in die Erscheinung, diese auch durch höheres Einkommen zu befriedigen.

Damit ist jedoch das Verlangen nach Vermehrung materieller Güter noch nicht ganz erklärt. Die technischen Erfindungen und Entdeckungen des letzten Jahrhunderts haben den Konsumenten immer mehr Bedürfnisse ausgedrangt. Gerade die Unternehmer und Geschäftleute sind es, die alle Anstrengungen machen, ihre Waren den Konsumenten aufzudrängen.

Tausende von Agenten, Händlern usw. bemühen sich mit dem Aufgebot aller Geschicklichkeit, die Waren zu empfehlen. Viele Käufer werden nicht angelockt durch die Reklame! Man braucht bloß einmal durch die Stadt zu gehen und sich das Publikum anzusehen, das vor den Schausteinen steht und mit leuchtenden Augen sich alles betrachtet. In der Gegenwart ist eine raffinierte Kunst ausgebildet, die Massen an sich heranzuziehen. Die Unternehmer selbst machen alle Anstrengungen nach neuen Erfindungen, insbesondere nach solchen, die hohe Gewinne in Aussicht stellen. Auf der einen Seite verzweifelte Bemühungen, den Volksmassen das

Geld aus der Tasche zu holen, und auf der anderen Seite wird über die „große Begehrlichkeit“ geschimpft. Dann denken wir weiter an die Theater, Kinos usw., wieviel Geld wird heute hierfür ausgegeben! Es liegt in den heutigen Verhältnissen begründet, oder es ist doch ein starker Anreiz vorhanden für viele Menschen, mehr Geld auszugeben, als sie besitzen. Dazu kommt weiter, daß der Luxus auf die unteren Volkschichten sich überträgt. Die Besitzenden geben das denkbare schlechteste Beispiel bezüglich Steigerung der Bedürfnisse. Es gibt heute sehr viele mittlere und kleine Beamte, Handwerker u. dgl., die meinen auch, sie müßten jedes Jahr eine Badereise machen. Den wirklichen Reichen genügt heute vielfach ein Automobil noch nicht, es müssen mehrere sein. Wenn man sich vor ein großstädtisches Theater oder Konzerthaus stellt und das „nobles“ Publikum betrachtet, dann wird einem klar, daß in der Gegenwart die sozialen Kämpfe an der Tagesordnung sind. Alle guten und schlechten Eigenschaften lernt die Volksmasse von den oberen Zehntausend, und wer auf diesem Gebiete Reformen einführt will, wird auch oben wieder einer bescheidenen Lebenshaltung das Wort reden müssen.

Angesichts der geschilderten Verhältnisse fragt es sich, ob eine Vermehrung der menschlichen Bedürfnisse schließlich als ein Unglück zu bezeichnen ist. Das wird sich nicht behaupten lassen. Die Erde ist dafür da und der Mensch mit vielen Fähigkeiten ausgestattet, sie sich untertan zu machen. Es ist zweifellos richtig, daß nur durch Vermehrung der Bedürfnisse eine Kultur geschaffen werden kann. Ein trügerisch und gleichgültiges Volk wird erst zu neuen Bedürfnissen angeregt werden müssen. Da das Handeln von vernünftigen Gründen geleitet ist, so wagt es bei der Arbeitsleistung zwischen der Last, die ihm zuteilt wird, und dem Erfolg, den ihm die Arbeit bringt. Staaten, deren Bevölkerung keine Bedürfnisse hat oder doch nur sehr bescheidene, die werden auch keine großen Arbeitsleistungen bringen. Es dürfte wohl zutreffend sein, wenn der französische Gelehrte Gide in seinem Buch „Grundzüge der Nationalökonomie“, Seite 25, meint:

„Beide den Massen, welche zu leicht bestreift sind, welche ihre Wünsche nicht über einen kleinen Kreis ausdehnen, deren Horizont nach dieser Richtung hin ein beschrankter ist, und die nichts mehr als eine handvoll reise Früchte zur Nahrung und ein Stückchen Mauer, um in deren Schatten schlafen zu können, verlangen. Diese Börsenschaften werden nur allzu rasch von der Erde verschwinden, an deren Schäften sich einen Anteil zu sichern, sie nicht verstanden haben. So müssen wir uns freuen und nicht darüber ungelassen sein, daß die Arbeiterklasse fortwährend von neuen Bedürfnissen gequält wird, denn sonst wäre sie im Zustand ewiger Sterblichkeit geblieben.“

So ist also das Streben nach neuen Bedürfnissen ein gewaltiges kulturförderndes Mittel. Die wachsenden Bedürfnisse sind gleichsam die Peitsche, die die Menschen antreiben zur Arbeit. War einst der Mensch zufrieden, wenn nur die Existenzbedürfnisse befriedigt waren, war es im Mittelalter noch das Sehnen weiter Kreise mit einer bescheidenen Lebenshaltung das Ziel erreicht zu haben, so kennt die neue Zeit nur ein Streben nach immer neuen Bedürfnissen. Nun leuchtet ohne weiteres ein, daß alle Liebterreibungen auch schädlich wirken können. Alles Streben nach neuen Bedürfnissen hat eine Grenze, wird diese überschritten, dann wird das Gegenteil erreicht. Das in verschiedenen Gesellschaftsklassen hier das richtige Maß bereits überschritten ist, kann kaum zweifelhaft sein. Gott sei Dank ist die Zahl noch klein

in Deutschland, die es nur darauf abgesehen hat, ihren Nervenkitzel zu befriedigen. Als Arbeiter können wir gewiß nicht wünschen, daß die Sucht, die Welt zu genießen, als das höchste Ziel angesehen wird. Eine solche Sucht im extremen Sinne wird sicher nicht zur inneren Zufriedenheit führen. Anderseits kann man aber auch ruhig behaupten, daß in Arbeiterkreisen eine Übertriebung nicht leicht zu erwarten ist. Gewiß, die Sozialdemokratie hat durch ihre Agitation viele sittliche Werte vernichtet. Das rücksichtslose Streben nach Geld hat auch in Arbeiterkreisen Eingang gefunden. In den roten Dörfern wird in den Versammlungen die Brüderlichkeit gepredigt und auf den Arbeitsstellen auf den schwachen Kollegen keine Rücksicht genommen. Werdem, der beim Aufstand nicht mitkann! Platscherei und Siebedienerei ist gleichfalls viel zu finden. Die Untugenden der Kapitalisten, das rücksichtslose Streben nach Gewinn und mit allen möglichen Mitteln, hat die Sozialdemokratie auf die Arbeiterschaft übertragen. Wenn wirkliche wahre Kollegialität wieder Platz greifen soll, dann wird die Sozialdemokratie die alten Götter wieder auf den Thron erheben müssen. Auf diesem Gebiet liegt auch die wichtigste Aufgabe der konzessionellen Arbeitervereine. Sie müssen versuchen, Trunksucht und Getrunkensucht mit allen Mitteln zu bekämpfen. Die weibliche Jugend wird so erzogen werden müssen, daß sie auch wieder einen Haushalt führen lernt, wenn später diese Notwendigkeit an sie herantritt.

Anderseits wäre es aber falsch, wenn man glauben wollte, die Lage der großen Mehrzahl der deutschen Arbeiter sei so, daß überflüssige Lebensbedürfnisse befriedigt werden könnten. Mancher läßt sich in der Gegenwart blenden. Nicht nach den ausgesuchten Häusern der eleganten Geschäftsstraßen muß man die sozialen Verhältnisse beurteilen, sondern nach den Hinterhäusern und Proletariervierteln. Wie traurig und jammervoll es hier noch aussieht, kann man erst begreifen, wenn man die Dinge oft geschaut hat. Hunderte von Kindern gehen sogar in mittleren Städten am Morgen noch zur Schule ohne Kaffee und warmes Mittagessen im Winter. Bei grimmiger Kälte werden selbst in den Industriegebieten, wo die Kohlen doch billig sind, diese an den Schlafenhalden aufgesucht. Trocknerversicherung begegnen einem am Morgen Dutzende von Krüppeln, die die Hand ausstrecken und um Almosen bitten. Mag hier oder dort ein Trinker sein, vieles unverschuldetes Elend läßt sich doch nicht leugnen. Daraus kann man wohl die Schlussfolgerung ziehen, daß in Arbeiterkreisen noch viel Grund zur Unzufriedenheit vorhanden ist. Viel mehr kann man von anderen Gesellschaftsschichten fordern, daß sie einmal mit ihren Verhältnissen sich absind und sich nach der Dede strecken. Viele, die heute jammern bei den verschiedensten Gelegenheiten, haben keinen Grund dazu, haben aber sicher kein Recht, den Arbeitern noch zu viel Unzufriedenheit vorzuwerfen. Auch die Gewerkschaften haben keine unberechtigte Unzufriedenheit gefördert, sondern vorhandene beseitigt. Gewiß haben die Gewerkschaften auch in Arbeiterkreisen neue Bedürfnisse geweckt. Das ist keine Tätigkeit, dessen sich der gewerkschaftliche Agitator zu schämen braucht. Tausende und aber Tausende von schlechtgeholteten Arbeitern wurden durch die Gewerkschaft sich ihrer Würde als Menschen wieder bewußt. Da, wo die Gewerkschaften oder auch häufig Verbündeten von dummen, unbeholsenen Arbeitern sprachen, denen nicht zu helfen sei, hat die gewerkschaftliche Agitation eingesetzt. Der Stumpfmuß, die dumpe, verzweifelte Stimmung wurde ihnen ausgeredet. Daß da nicht philosophische Ideen vorgetragen werden könnten, son-

ber an die Gefühle appelliert werden müste, versteht sich von selbst. Wer uns schelten will, mag es tun, wir buhlen nicht um die Gunst von Leuten, die für die Arbeiter nur etwas übrig haben, solange sie dieselben für ihre Zwecke verwenden können. Es bleibt doch ein unerträgliches Verdienst für die Gewerkschaften, viele Arbeiter direkt, und durch ihre Tätigkeit mehr noch indirekt aus den Diensten herausgeht zu haben. Utopischen Zielen werden wir nicht nachjagen, aber von dem Bestreben, der Arbeiterschaft ihren Anteil an den Früchten der Arbeit zu verschaffen, werden wir nicht ablassen, wenn auch diese Tätigkeit bei den Gegnern der Gewerkschaftsbewegung keine Anerkennung findet.

D. G.

## Vom Baumarkt.

**Der Berliner Baumarkt. — Bauunternehmer. — 4½ proz. Pfandbriefe. — Tagamter.**

Der Niedergang im Baugewerbe, der in den beiden letzten Jahren eingetreten ist, hat im Berliner Gebiet verheerend gewirkt als anderswo. Daher verdient eine Statistik Beachtung, die der Schützverein Berliner Bauunternehmer und die Bauauskunftsstelle für Groß-Berlin unter Benutzung amtlicher Auskünfte für die Internationale Baufachausstellung bearbeitet haben. Da noch die neuesten Daten verwertet worden sind, kommt die Veröffentlichung erst vor kurzem stattfinden. Nach dieser Statistik wurden in Berlin im Jahre 1906 1798 Baugenehmigungen erteilt. Im folgenden Jahre sank die Zahl auf 1352. 1910 waren es noch 1345, 1912 aber nur 1255 und im laufenden Jahre bis März einschließlich 217. In Charlottenburg liegen die Dinge nicht besser. Während dort 1906 618 Baugenehmigungen erteilt wurden, brachte das Jahr 1912 nur 429 und das erste Quartal 1913 79. Das sind für das laufende Jahr keine rosigten Aussichten.

Eine andere Zusammenstellung des Schützvereins gewährt einen Einblick in die Auswüchse des Bauunternehmertums. Im ersten Halbjahr 1913 waren an der Ausführung von Verbänden in Groß-Berlin 674 creditwürdige Bauhütten beteiligt, 278 waren nicht unbedingt creditwürdig, darunter sogar 182, denen jeder Credit abgesprochen wird. Bei solchen Zuständen sind die vielen Konkurrenz von Bauunternehmern und die geringen Chancen, die meist bei der Verteilung der Rasse auf die Gläubiger entfallen, erklärlich. Das machen gute Kreditlage und billiges Geld, solange ein so großer Teil der Bauunternehmer gewöhnlich auf höheren Häfen parkt?

Wer von billigen Gelde sind wir noch recht weit entfernt. Nur hat nach der Jahresmitte am offenen Geldemarkt eine gewisse Erleichterung Platz gegriffen. Doch die dürfte nicht allzu lange erhalten, da bald die Gewerkschaften neue Anstrengungen hervorrufen wird. Da eine Verschärfung des Rechtsauskunftsrechts nicht zu befürchten ist, müssen die Gläubiger auf Kosten der Hypothekenbanken bezahlt werden, 4½ proz. Pfandbriefe anzugeben, während der übliche Zinssatz für bestehende Betriebe 4 Prozent ist. Schon im letzten Jahre hat die Berliner Hypothekenbank 20 Millionen Mark 4½ proz. Pfandbriefe an den Markt gebracht. Nun ist ihr die Deutsche Hypothekenbank in Berlin gefolgt. Sie will ebenfalls 20 Millionen Mark von diesen Hypothekenbanken, unbekannt und unverlösbar bis 1923. Daß einzelne Hypothekenbanken zu dem erhöhten Zinssatz verzichten, kann zum Wundernehmen zu einer Zeit, da ein Unternehmer vom Range der Allgemeinen Gewerkschaftsgeellschaft seine Obligationen auf fünf Jahre mit einem Zinszusatz von 5 Prozent ausstatten zu müssen glaubt. Ob andere Hypothekenbanken es ihm beißen erwidern werden, bleibt abzusehen.

Zur den Hypothekenbanken von großem Einfluß wird ein Satz über die Tegeler von Gründäden stehen, dessen Entwurf im preußischen Landesministerium ausgearbeitet werden ist. Eine Regierungserlaubnis hat bisher nicht erteilt werden. Doch ist ja teil bekannt, daß der Regierungserlaubnis ganz bestimmte Gesetzespunkte fehlen soll, nach denen die Erfüllung der Grundstücke durch exzessive Tegeler erfolgen soll, während später die Verwertung privaten Grundbesitzes vor. Durch die Tegeler würde in erster Linie der Vermietungszweck verloren gehen, die Konkurrenz im Wohnungsbau ist nun für den Hypothekenbanken so gewaltig werden kann, daß bei der Vermietungserlaubnis die lebensfähigen Hypotheken einfach ausfallen. Die Tegeler könnte also das Vermietungsrecht auf den zuständigen Hypothekenbanken haben. Das militärische gewordene Kapital würde verschwinden.

selsten vorkommt, was natürlich ebenso vom Schaden ist, wie zu hohe Bewertung, und zum Nachteil der Grund- und Hausbesitzer z. B. bei Brandschäden führen müßte. Es gilt also, hier den richtigen Mittelweg zu finden.

## Die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise i. J. 1912.

Ein sehr wohltätig wirkender Zweig der sozialen Fürsorge ist die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise, um so mehr, je komplizierter der Organismus des modernen Rechts geworden ist und je schwieriger es für den einfachen Mann häuft, sich darin zurechtzufinden.

Über den gegenwärtigen Stand dieses Zweiges sozialer Fürsorge ist die Rechtsberatung der minderbemittelten Volkskreise, um so mehr, je komplizierter der Organismus des modernen Rechts geworden ist und je schwieriger es für den einfachen Mann häuft, sich darin zurechtzufinden.

Wie in der Einleitung gesagt ist, sind in die Erhebung im allgemeinen nur die Rechtsauskunftsstellen einzbezogen, die an alle Besucher oder an minderbemittelte unentgeltlich oder nur gegen eine geringe Gebühr Rechtsauskunft erteilen. Begleitweise sind also die sich ebenfalls vielfach Volksbüros, Rechts-, Volksauskunftsstellen nennenden Büros der gewerbsmäßigen Rechtsanwälten. Aufgenommen sind aber alle Rechtsberatungseinrichtungen von Arbeitervereinigungen, obwohl sie vielfach nur an ihre Mitglieder Auskunft erteilen, sowie die der Arbeitgeber, bei denen sich die Auskunftserteilung auf die Arbeiter der betreffenden Betriebe erstreckt. Neu aufgenommen in diese vom Kaiserlichen Amt schon seit 1905 vorgenommene Statistik sind die Rechtsauskunftsstellen der Verbände der Privatangestellten.

Im ganzen gab es für das Berichtsjahr 1912 im Deutschen Reich 916 Rechtsauskunftsstellen, die 1841 364 Auskünfte erteilten und 468 028 Schriftsätze anfertigten. 1911 gab es 872 Auskunftsstellen, die 1 717 892 Auskünfte erteilten und 439 781 Schriftsätze anfertigten. Also eine immerhin sehr beachtenswerte Zunahme! Es muß allerdings bemerkt werden, daß die Statistik der Auskünfte und wohl auch der Schriftsätze unvollkommen ist, da eine große Anzahl von mündlichen Auskünften gar nicht statistisch festgehalten werden kann dürfte.

Gemeindliche und staatliche Rechtsauskunftsstellen werden in der Statistik 119 gezählt. Rechtsauskunftsstellen gemeinnütziger Vereinigungen 32, Rechtsauskunftsstellen für Frauen 93.

Die größte Bedeutung in der Praxis haben die Rechtsauskunftsstellen für die arbeitenden Stände. Oben an mit der Zahl der Rechtsauskunftsstellen steht die Sozialdemokratie. 119 Arbeiterschaffariate der freien Gewerkschaften erteilen Rechtsauskunft, daneben noch 211 Auskunftsstellen der Gewerkschaftsartikel, also zusammen 330 Stellen. Die christlichen Gewerkschaften unterhalten 55 Rechtsauskunftsstellen, ebenso viele die christlichen Gewerkschaften. Die geringe Anzahl der Rechtsauskunftsstellen der christlichen Gewerkschaften kommt von der Arbeitsteilung, die zwischen ihnen und den konfessionellen Arbeitervereinen besteht. Auskunftsstellen evangelisch-sozialer Vereinigungen gibt es 23, katholisch-sozialer 122, die man richtig zu den Auskunftsstellen der christlichen Gewerkschaften hinzuzählen darf, so daß die christlich-nationalen Arbeiterschaften Deutschlands immerhin über circa 200 Rechtsauskunftsstellen verfügen. Von Arbeitern werden Rechtsauskunftsstellen unterhalten 9, von poströmischen Vereinigungen 32, von den Verbänden der Privatangestellten 23, von ländlichen Gewerkschaften 9. Nicht aufgezählt finde ich in der Statistik Rechtsauskunftsstellen von Staatsarbeiten und Staatsangestellten-Verbänden, obwohl auch diese ihren Mitgliedern in immer weiterreichendem Maße Rechtsauskunft und Rechtschutz erteilen.

Alles in allem ein recht erfreulicher Stand des Rechtsauskunftsrechts. Es ist zu wünschen, daß es sich in der bisherigen Weise weiterentwickelt zum Segen des reichsübergreifenden Publikums aus den minderbemittelten Volkskreisen.

## Die internationale Baufach-Ausstellung zu Leipzig.

### IV.

Der Eisenbetonbau marschiert. Diese Überzeugung bringt sich zwangsläufig jedem Besucher der Baufachausstellung auf. Die mannigfaltigste Anwendung dieses jungen neuen Baumatikals wird uns hier vorgeführt, seine technische Durchbildung, die Prüfung an Tragfähigkeit, Sicherheit, Feuerfestigkeit, Feuerstandsfestigkeit wird uns ebenso wie die Hauptverkehrsaufgabe der Ausstellung, die Einzelheiten, entlang, sehen wir die große Eisenbetonhalle in der Hauptstadt vor uns. Bei der Planfeststellung der Straße durch Ausstellungsgelände und gärtnerischer Anlagen bildet die Halle einen dauernd wirkungsvollen Abschluß.

Der Entwurf der Eisenbetonhalle kommt von dem Wiener Architekten Professor Dr. Wilhelm Kreis. Der Name Kreis ist unter den österreichischen Architekten gut bekannt, und das ist die Arbeit überzeugen wurde, ein großer Erfolg. Der große Kuppelbau zeigt eine einfache Gestalt. Durch das vorgebaute Hauptportal, mit seinem jechs Tonnen, die einen Kreislauf mit flacher Giebelverbekzung tragen, gelangen

wir in das Innere der majestatischen Halle. Auf 16 sanierten Eisenbetonpfeilern ruht die 30 Meter weite Kuppel. Um die Säulen zieht sich ein Architrav mit Fries und Sims, dem die Kuppel aufgelagert ist. Die halbkugelförmige Kuppel ruht hier auf den den Säulen eingefügten Verbindungskonstruktionen und dem Architrav, um den durch die Witterungsverschiedenheiten hervorgerufenen Spannungsänderungen frei folgen zu können. Zwischen den Säulen befinden sich große einfache Wandbilder. Die Kuppel besteht aus 16 Rippen. Zwischen diese sind Zwischenringe gespannt, auf denen eine Betonschicht von nur 8 Centimeter ruht. Die 16 großen Rippen sind unten gekantet gegen einen Zugring gestützt, während sie im Bogenschluß statt mit einem Drückring verbunden sind. Jedes der 16 Wandfelder enthält eine Tür, die zu den an die Halle anschließenden, strahlensförmig angelegten Ausstellungshallen führt. Neben den Türen zieht sich ringsum ein Balkon, auf dem man heraustrreten kann, wobei einem die Schönheit der Halle erst recht zum Bewußtsein kommt. In der Mitte der Halle befindet sich ein monumentaler Brunnen aus Kunstein. Die kostbare Kuppelschale (verteilte Felder in gewölbten Decken) ist ohne jeden Putz, die Säulen und Seitenwände sind steinmetzmäßig bearbeitet.

Die Eisenbetonhalle ist ein Beweis dafür, wie mit diesem neuen Material künstlerische Monumentalität zu erreichen ist, ohne die fröhliche Massigkeit eines Bauwerks. Da der Eisenbetonbau bislang eine ziemlich künstlerische Vergangenheit hinter sich hat, zeigt die Halle, wie ein Künstler auch hier großartige architektonische Wirkungen zu erzielen in der Lage ist.

Die Eisenbetonhalle erforderte eine Bauplatz von nur 4½ Monaten, von Mitte November bis Anfang April. Die Ausführung lag in den Händen der Betonbaufirma Rud. Wolle und Kell und Löser in Leipzig. Ihre Herstellungskosten belaufen sich auf 800 000 M. Die Halle bleibt der Stadt Leipzig erhalten. Im nächsten Jahre findet darin die Internationale Ausstellung für Buchgewerbe und Graphik Unterkunft.

Vom Hauptportal aus gesehen, schließen sich an die Betonhalle links und rechts zwei Hallen von rechtwinkliger Grundfläche. Sie verdecken die um den äußeren Kuppelraum sich gruppierenden Rundbauten, die ein Erd- und Obergeschoss mit 7 Meter weit gespannten Decken aufweisen. Die beiden Hallen enthalten die Ausstellung für Ingenieur- und Hochbauarten sowie die Sonderausstellung der Stadt Leipzig.

In der Kuppelhalle sowie den Rundbauten ist die Zement- und Betonindustrie untergebracht. In zahlreichen Modellen werden uns bisher ausgeführte Eisenbetonbauten aller Art vorgeführt, darunter die Eisenbetonhalle selbst. Wohl das interessanteste Modell ist das der Festhalle von der Jahrhundertausstellung in Breslau. Hat man dann Gelegenheit gehabt, dieses Bauwerk in Wirklichkeit zu sehen, dann ist man geradezu überwältigt über die Aussichten, die sich damit dem Eisenbetonbau eröffnen. Un natürlichen Konstruktionen wird uns die Herstellung der einzelnen Bauteile in metrischridigen Profilen gezeigt, auch die verschiedensten Proben auf die Belastungsfähigkeit, Feuerwiderstandsfähigkeit usw., insbesondere auch die Betonbaupfahlgründungen. Es wäre dringend zu wünschen, daß recht viele unserer Mitglieder diesen neuen Zweig der Bauindustrie zu Gesicht bekommen, seine Bedeutung würde ihnen dann erst recht zum Bewußtsein kommen, und sie würden dann aus der bisher beobachteten Zurückhaltung ihm gegenüber sicher heraustreten.

Noch ein bemerkenswertes Objekt des Eisenbetonbaues möchten wir erwähnen, das ist die Schwarzenbergbrücke. Wir sagten früher schon, daß zwei Brücken die das Ausstellungsgelände durchschneidende Eisenbahn überbrücken. Die größere davon, ausgeführt von dem verstorbenen Vorstehenden des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, Baumeister Otto Ense, zeigt die bekannten gewöhnlichen Formen der Eisenbetonbrücken. Die zweite dagegen ist etwas ganz Neues. Es ist noch nicht lange her, seitdem Brücken aus Eisenbeton hergestellt werden, denn dies neue Baumaterial ist eigentlich erst seit 1900, wo es auf der Pariser Weltausstellung in größerem Umfang zur Anwendung gelangte, in die Praxis eingetreten. Während bisher mit Schmiedeeisen beim Eisenbetonbau verwandt wurde, ist die Schwarzenbergbrücke aus umfunkturm Gußeisen hergestellt. Alle bisherigen Versuche mit Gußeisen beim Betonbau sind seiner Bruchsfähigkeit halber fehlgeschlagen. Die Schwarzenbergbrücke, benannt nach dem österreichischen Feldherrn v. Schwarzenberg, der Oberkommandierende in der Schlacht bei Leipzig, ist der erste diesbezüglich gelungene Versuch. Sie hat eine Spannweite von 50 Meter. Ihr Erbauer, der Wiener Ingenieur Dr. Fritz v. Emperger, bezeichnet die Brücke als ein Modell für weitere, wie sie bisher noch unbekannt waren. Das

trifft in der Tat zu. Leicht und elegant schwingt sich die Brücke in mäßigem Bogen von einem Ufer zum andern, ein wirklicher Genuss in der Bewunderung dieses Bauwerks. Sie dürfte die Veranlassung sein, dem Guise auch im übrigen Betonbau die Wege zu ebnen.

Ganz in der Nähe der Eisenbetonbrücke befindet sich der Pavillon für Stahl und Eisen, errichtet vom Stahlwerksverband und dem Verein deutscher Brücken- und Eisenbaufabriken. Ein merkwürdiger Bau. Ganz aus Eisenscheinen in achtziger Form, der sich in vier Abschlägen nach oben stufenweise verzögert, von denen der oberste Würzel eine große goldene Kugel trägt. Er soll ein Monument unserer Eisenindustrie darstellen, deren Entwicklung uns im Innern des Baues in zahlreichen Tabellen, Modellen und auch im Lichtbild vorgeführt wird. Die übertragende Bedeutung der Eisenindustrie wird hier dem Laien so recht offenkundig vorgeführt, stehen wir doch in der Eisenproduktion in der Welt an zweiter Stelle. England haben wir hinter uns gelassen, nur Amerika ist uns noch über. Ein kunstvolles Modell eines Walzenganges, das in Betrieb gesetzt wird, zeigt uns die Herstellung der Schiene bis zum fertigen Gebrauch, an vielen Photographien wird die Entwicklung des Eisenbrückenbaus dargestellt, insbesondere die verschiedenen Typen des Brückenbaus. Zweifellos kämpft die Eisenindustrie mit dem Eisenbetonbau einen harten Kampf um die Vorherrschaft. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß er zugunsten des letzteren ausschlägt. Der Eisenbetonbau hat den reinen Eisenkonstruktionsbau schon harte Wunden geschlagen und wird ihn weiter verdrängen. Im Brückenbau jedoch dürfte letzterer noch lange die Vorherrschaft behalten, wenn nicht für immer. Die Eisengewaltigen spüren den Druck und möchten ihn abwenden. Sie werden wohl Erfah für ihren eingegangenen Tätigkeitsdrang anderswo suchen müssen.

Aus allem geht hervor, welche Bedeutung die neue Entwicklung hat, aber auch welchen Einfluß das Baugewerbe auf das Wirtschafts- und Geistesleben der Völker überhaupt besitzt. Große, gewaltige Kräfte werden von ihm geweckt, Probleme von größter Tragweite für das wirtschaftliche und soziale Wohl der Völker werden aufgeworfen und in zäher, oft viele Jahre dauernder Arbeit gelöst. Das lehrt uns am eindrücklichsten die Baufachausstellung selbst.

## Die Gewerbeaufsicht in Preußen im Jahre 1912.

Der Ausschluß des deutschen Erwerbslebens hat im Jahre 1912 angehalten, denn der Jahresbericht der Preuß. Gewerbeinspektion weist wiederum eine Zunahme der gewerblichen Betriebe und der darin beschäftigten Personen nach. Es gab im Königreich Preußen 245 319 Anlagen, welche der Gewerbeaufsicht unterstanden. Davon beschäftigten 169 606 mehr als 10 Personen, der Rest von 75 713 war als Kleinbetriebe anzusehen. Die erste Gruppe vermehrte sich gegenüber 1911 um 6236, die zweite um 1539 Betriebe, das sind zusammen 7775 Betriebe mehr. Die Zahl der erwachsenen Arbeiter stieg bei den Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten um 116 779 auf 2 621 613; die Zahl der erwachsenen Arbeiterinnen stieg um 30 125 auf 680 631; die Zahl der jugendlichen Arbeiter beiderlei Geschlechts stieg um 17 083 auf 274 378, und die Zahl der beschäftigten Kinder stieg um 228 auf 3149. Bei den Kleinbetrieben hat die Gesamtzahl der Beschäftigten um nur 2047 zugenommen und betrug dann 173 401. Die Zahl der Beschäftigten ist in allen Betrieben zusammen um 168 262 auf 3 753 172 gestiegen. Die Zahl der Kleinbetriebe hat sich um 2 Prozent, und die Zahl der darin Beschäftigten um 1,2 Prozent vermehrt; bei den Betrieben mit mehr als 10 Beschäftigten beträgt die Zunahme 3,8 Prozent, und die Zunahme der Beschäftigten 4,8 Prozent, also fast das Doppelte bzw. das Vierfache des Wachstums der Kleinbetriebe. Die stärksten Industriegruppen sind der Anzahl der Anlagen nach: Nahrung- und Genussmittelherstellung mit 54 145 (ohne 33 271 kleinere Bäckereien), Kleider- und Wäscheherstellung mit 30 831, Holzindustrie mit 19 506, Metallverarbeitung mit 14 035, Maschinenindustrie mit 11 322 Betrieben. Wird die Arbeiterzahl zum Maßstab genommen, so verschließt sich die Reihenfolge: Maschinenindustrie 653 378, Metallverarbeitung 412 080, Textilindustrie 405 531 (nur 6966 Betriebe), Nahrung- und Genussmittelherstellung 393 853, Holzindustrie 249 983, Kleider- und Wäscheherstellung 243 365 Beschäftigte. In diesen sechs Erwerbszweigen ballen sich über 60 Prozent der ganzen industriellen Arbeiterschaft Preußens zusammen. Die industriereichste Gegend ist noch immer der Regierungsbezirk Düsseldorf mit 20 819 Betrieben und 544 621 Arbeitern (1911: 20 013 und 517 020); es folgt Berlin mit 20 495 Betrieben und 395 137 Arbeitern (1911: 19 804 und 389 101); Arnstadt hat 11 192 Betriebe mit 275 437 Beschäftigten (1911: 10 909 und 257 420). Diese Zahlen sind dann falsch; Oppeln hat in nur 4528 Anlagen doch 149 313 Arbeiter, die zu meist in der bedeutenden Industrie des Kattowitzer Bezirks beschäftigt werden. Am industrieärmsten ist der Regierungsbezirk Stolp in Pommern, wo in 2014 Betrieben nur 18 192 Arbeiter beschäftigt werden.

Beachtung verdienen die über das Baugewerbe enthaltenen Angaben. Hier unterstehen der Gewerbeaufsicht

nur die Bauhöfe und Zimmerplätze, wovon 3988 vorhanden waren mit 90 566 Beschäftigten; unter letzteren waren 196 Arbeiterinnen, 4167 Jugendliche und 9 Kinder, so daß 86 194 erwachsene Arbeiter übrig blieben. 1911 waren 3869 Betriebe mit 88 664 Beschäftigten — darunter 84 065 erwachsenen Arbeitern — gezählt worden. Von den 3988 Bauhöfen und Zimmerplätzen sind 1619 mit 50 692 Beschäftigten revidiert worden; das sind 40 Prozent der vorhandenen Betriebe mit 56 Prozent aller Arbeiter. Dabei haben die Gewerbeinspektoren allein wegen vorschriftswidriger Beschäftigung von Arbeiterinnen und Jugendlichen 161 mal einschreiten müssen, wodurch 76 Bestrafungen erwirkt wurden, während sieben Strafverfahren am Jahresende noch schwanden. In Betracht kamen dabei 115 Arbeiterinnen und 50 Jugendliche. — Die Beaufsichtigung der Bauplätze, wo das Gros der Bauarbeiter — mehrere hunderttausend — beschäftigt sind, unterliegt der Polizei, welche unseres Wissens keine Berichte über den von ihr ausgeübten Arbeiterschutz veröffentlicht. In dieser Hinsicht bieten nur die Berichte der Berufsgenossenschaften für Unfallversicherung etwas Material, das sich aber auf die Unfallgefahr beschränkt. Es wäre aber notwendig, auch über die Arbeitsverhältnisse im Baugewerbe amtlich "Buch zu führen", wie das durch die Gewerbeinspektion in fast allen anderen Gewerben seit Jahren geschieht. Die Lebenshaltung der Arbeiter hat nach den Beobachtungen der Gewerbeinspektoren trotz häufig erfolgter Lohn erhöhungen keine neuenwerte Verbesserung erfahren, weil die Teuerung der Lebenshaltung zumeist noch größer wurde. Zur Abhilfe ist vielfach von Gemeindeverwaltungen und auch von Unternehmern der Bezug von Lebensmitteln im großen aufgenommen worden, womit meistens gute Erfahrungen gemacht wurden. Der Bezug von Seefischen bewährte sich mehrfach nicht, weil die Arbeitersfrauen deren Zubereitung zu wenig kannten. Diesem Nebenstand ist z. B. in Tilsit und Alenstein durch Erteilung von Kochunterricht abgeholfen worden. Mit besonderer Sorgfalt wird von den sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen der Unternehmer berichtet. Neben Sparkassen, Kleiß- und Rückerstattungsprämien werden Renten mit billiger Verpflegung, billige Abgabe von Brennstoffen usw. genannt. Ob für diese schönen Dinge den Arbeitern Gegenleistungen abverlangt wurden, z. B. Verzicht auf das Koalitionsrecht, darüber wird nicht berichtet.

Die Unfallgefahr ist wieder größer geworden. Während die Gesamtarbeiterzahl um 4,6 Prozent stieg, erhöhte sich die Unfallzahl um 14 Prozent. Den Gewerbeinspektoren sind insgesamt 169 535 (1911: 149 047) Unfälle bekannt geworden; davon waren 8761 (1911: 3508) schwer und 1215 (1911: 993) verletzt tödlich. — Diese (vom Verfasser) aus 629 Berichten des amtlichen Berichts zusammengesuchten Zahlen sind aber nicht vollständig, weil — um das nochmals zu betonen — das eigentliche Baugewerbe dabei fehlt und weil mehrere Regierungsbezirke mangelhaft berichtet haben. Bei neun von 31 Einzelberichten fehlt die Zahl der schweren Unfälle, drei ermöglichen keinen Vergleich mit dem Vorjahr, ein Bericht nimmt nur die Zahl der schweren Unfälle und einer — Hildesheim — zählt nur die tödlichen Unfälle, die er zumeist mit Unachtsamkeit der unglücklichen Arbeiter erklärt. Zwei Bezirke endlich, nämlich Liegnitz und Oppeln, wissen gar keine Unfallzahlen zu nennen.

Die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren erstreckte sich — wie schon erwähnt — auf 245 319 Betriebe, von denen sie 49 Prozent, nämlich 97 652, in Augenschein nahmen. Dieselben beschäftigten 3 051 307 Arbeiter, das sind 81 Prozent der Gesamtarbeiterzahl. Revisionen fanden 98 866 statt gegen 96 706 im Vorjahr, was eine Steigerung der Arbeitsleistung um 2 Prozent bedeutet; dieselbe entfällt zu drei Vierteln auf die größeren Betriebe. Ob in den kleinen Betrieben, deren große Arbeiterzahlen die „81 Prozent revisierte Arbeiterzahl“ errechnen, auch nur ein erheblicher Bruchteil der Arbeiterschaft von der Tätigkeit (— von der Wirkung soll nicht die Rede sein!) — des revidierenden Beamten etwas generiert hat, mag dahingestellt bleiben.

## Allgemeines.

**Abschlussestreben gegen die Arbeitslosigkeit in Bayern.** In Bayern hat infolge des Darmstädter Gesetzes der Unfähigkeit die Arbeitslosigkeit einen geradezu bedenklichen Umfang angenommen. Vor allem in München hat sie einen Hochstand erreicht, daß auch die kommunalen Behörden und die Regierung sich nicht länger der Einsicht verschließen konnten, daß hier etwas zur Hilfe getan werden müsse. Am Mittwoch, den 23. Juli, begab sich eine Abordnung des Magistrats- und Gemeindevorligiums ins Ministerium, um wegen der großen Arbeitslosigkeit die Herren Minister zu ersuchen, alle Arbeiten, für welche die Mittel vom Landtag schon bewilligt sind, baldigst in Angriff nehmen zu lassen. Herr Oberbürgermeister von Borcht entwarf vor den Ministern ein anschauliches Bild von der schlimmen Lage, in der sich die Münchener Bauarbeiter zurzeit befinden. Der Eisenbahnamtsschreiber von Südllein versprach für sein Amt, daß er das Mögliche zur Abschaffung tun werde. Schon in den nächsten Wochen soll am Odeonshofe mit Arbeiten begonnen werden, und in den nächsten Monaten würde dort eine noch geßigere Arbeit (200 000 Kubikmeter Erdbewegung) in Angriff genommen werden. Weiter versprach der Minister, daß die in den Statuten für Bahnbaute eingestellten 17 Millionen Mark zunächst bald ihre Verwendung finden sollen. Bei den in München auszuführenden Arbeiten sollen nach Möglichkeit nur einfache Arbeiter berücksichtigt werden. Für den abwesenden Ministerpräsidenten sprach Staatsrat Graf von Hirschberg. Auch er versprach, alles zu tun, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Einige greifbare Gestalt nahmen die Verstärkungen des Ministers des

Innern von Soden an, der das Versprechen gab, daß besonders Baugesuche, welche von Seiten seines Kreises der Entscheidung harren, schnellstens erledigt werden sollen. Der Kriegsminister sollte mitteilen, daß wegen der Arbeitslosigkeit bereits alle Arbeiten der Erweiterungen von Kasernen und Militärbauten in Angriff genommen seien.

Erfreulicherweise finden die zur Milderung der Arbeitslosigkeit im Gange befindlichen Bestrebungen beim Prinz-Regenten volle Aufmerksamkeit und Unterstützung. Er riefte an den Minister des Innern folgendes Schreiben:

„Mit lebhaftem Bedauern habe ich Ihrem Bericht entnommen, daß die Mir von verschiedenen Seiten zugegangenen Mitteilungen über die herrschende Arbeitslosigkeit leider zutreffend sind. Ich habe aus dem Bericht aber auch mit Besiedigung gesehen, daß bereits Anordnungen zur Schaffung von Arbeitsgelegenheit getroffen sind, und daß sonstige Maßnahmen, darunter die vielleicht erörterte Frage der Arbeitslosenversicherung, in den Kreis der Erwägung gezogen wurden.“

Durchdrungen von der Wichtigkeit der Sache und von dem Wunsche nach tuulichster Abhilfe, beantragte ich Sie, der Arbeitslosenfürsorge auch jenseit der volle Aufmerksamkeit zuzuwenden, alle geeigneten Maßne ... im Benehmen mit den übrigen beteiligten Staatsministerien einzuleiten und Mir von Zeit zu Zeit weiteren Bericht zu erstatten.“

Als hochbedeutsam muß die Stelle bezeichnet werden, die sich auf die Schaffung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung bezieht. Wir glauben zwar nicht, daß das von heute auf morgen geschehen wird. Immerhin aber muß die Tatsache, daß die Regierung des zweitgrößten deutschen Bundesstaates überhaupt damit rechnet, diese Versicherung von Staats wegen einzuführen, als ein großer Fortschritt bezeichnet werden. Bislang sind alle Bemühungen, die Arbeitslosenfürsorge staatlich, etwa durch das Reich, zu regeln, an dem Widerstand der Regierungen gescheitert. Auch im übrigen muß man den bayerischen Regierung zu erkennen, daß sie den ehrlichen Willen zeigt, dem großen Elend, wie es durch die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe geschaffen ist, abzuhelfen. Wenn die übrigen Regierungen von dem gleichen Willen bestellt sind, dürfte manches zur Linderung der auch in anderen deutschen Gegenden recht unerträlichen Lage der Bauarbeiter beigetragen sein.“

\* \* \*

**Der Kampf in der Bocholter Textilindustrie** ist nach vierwöchiger Dauer mit einem Erfolg der Arbeiter am 30. Juli beendet worden. Zunächst schien es, als ob sich der Kampf noch lange hinziehen wollte, denn als die Arbeiter beschlossen, auf Grund des Angebots der Fabrikantenvereinigung, eine Lohn erhöhung einzutreten zu lassen, die Arbeit wieder aufzunehmen, zog diese die früher gemachten Zugeständnisse wieder zurück. Das verursachte eine ungeheure Erbitterung unter der Arbeiterschaft. Die Fabrikantenvereinigung hatte es anscheinend auf eine Demütigung der Arbeiter und ihrer Organisation abgesehen. Die Arbeiter beschlossen mit überwältigender Mehrheit, im Kampf auszuharren und lieber eine ehrenvolle Niederlage zu erleiden, als einen schmachvollen Frieden einzugehen. So hatte die Lage eine außerordentliche Verhärtung erfahren, und die Aussicht für eine baldige Beendigung des Streits erschien fern. Denn je.

Wider Erwarten schnell kam jedoch die Fabrikantenvereinigung zu einem anderen Entschluß. Sie gab dem Herrn Bürgermeister die Erklärung ab, daß sie sich an alle bisher gemachten Zugeständnisse gebunden halten würde. Nachdem diese Erklärung vorlag, beschlossen zunächst die Ausschüsse aller Betriebe Bocholts — darunter auch einige Genossen — und später eine von über 2000 Personen beteiligte Mitgliederversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes einstimig, die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter haben durch die Bewegung folgende Verbesserungen erzielt:

1. Nach Wiederaufnahme der Arbeit wird die Fabrikantenvereinigung die Löhne in der Weise regeln, daß sie diejenigen Löhne, die zu niedrig sind, nach Rücksprache mit den Arbeiterschaften bzw. den Arbeitern der einzelnen Betriebe erhöht.

2. a) In den Arbeitsräumen werden Lohnlisten aufgehängt. b) Bezahlung nach Grundlohn wird angestrebt. c) Für Überstunden werden 10 Pf. pro Stunde ergänzt.

3. Mit der Abgabe, daß Ausnahmen im beiderseitigen Einvernehmen zulässig sind: a) Die Gewichtslösung kommt in Durchfall. b) Waren auf Material in den Webereien wird vom ersten halben Tage an vergütet, und zwar für schmale Stühle bis 100 Centimeter pro Stuhl und Stunde 8 Pf., für breite Stühle über 100 Centimeter 12 Pf. c) Die zehnstündige Arbeitzeit wird in allen Betrieben eingeführt. d) Wöchentliche Lohn- bzw. Abschlagszahlung wird eingeführt.

Mit diesem Ausgang der Bewegung können die Bocholter Textilarbeiter zufrieden sein, namentlich dann, wenn sie berücksichtigen, daß das Organisationsverhältnis in den Bocholter Textilbetrieben bislang im allgemeinen ein besonders günstiges war. Der materielle Gewinn ist nicht unerheblich. Wie wichtig aber die übrigen Zugeständnisse sind, erhebt daraus, daß ein im sozialdemokratischen Textilarbeiterverband organisiertes führendes Ausschussmitglied in einer Versammlung erklärte, daß für die Bocholter Bevölkerung die Nebenfragen von größerer Bedeutung seien, als selbst die Forderung der Lohn erhöhung. Vor allem aber hat die Arbeiterschaft einen großen moralischen Sieg errungen, der für die gewerkschaftliche Arbeitersache in Bocholt von großer Bedeutung ist.

**Eine Mahnung an die Bergarbeiter zur Einigkeit.** Die neueste Nummer des Bergknappen bringt einen Aufruhr der Bergarbeiter Deutschlands, in dem dringend zur Wiederherstellung der Einigkeit unter den Bergarbeiterorganisationen aufgerufen wird. Es wird darin u. a. gesagt:

In den letzten Jahren hätten sich die Bergarbeiterorganisationen nicht in befriedigender Weise entwickelt und nicht so gewirkt, wie es wünschenswert wäre. Das sei um so bedauerlicher, als sie kapitalstättigen, gutorganisierten und außerordentlich einflussreichen Unternehmern gegenüberstehen. Eine günstigere Entwicklung der Arbeiterorganisationen sei deshalb unbedingt notwendig. Eins der größten Hindernisse sei der gehässige Streit zwischen den verschiedenen Organisationen, der verschwinden müsse. Erst der zwischen den verschiedenen Arbeiterorganisationen bestehenden grundätzlichen Gegensätze müsse eine Arbeitsgemeinschaft ermöglicht, eine gemeinsame Kampfesfront gegen die Unternehmer geschaffen werden. In der kommenden Zeit hatten auf den verschiedensten Gebieten wichtige Aufgaben ihrer Erledigung. Darum sollten die deutschen Bergarbeiter die Organisation stärken und den Streit und Hader zwischen den verschiedenen Verbänden verschwinden lassen. Die grundätzlichen Gegensätze durften nicht dazu führen, daß eine Arbeitsgemeinschaft in den praktischen wirtschaftlichen Fragen verhindert wird. Alle Bergleute, vor allem alle Mitglieder der Organisationen, werden gebeten, in diesem Sinne mitzuarbeiten.

Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband, der in den letzten Jahren das Menschenmögliche in der Verbesserung der Bergarbeiter geleistet hat, wird nicht wünschen können, nun einmal flipp und klar auszusprechen, ob er die bisherige Politik, die zwar der sozialdemokratischen Parteiajitation, nimmermehr aber den wahren und wirklichen Interessen der Bergarbeiter von Statten war, fortführen will, oder ob er zu einem gemeinsamen, von politischen Hintergedanken freien Vorgehen aller Bergarbeiterorganisationen bereit ist.

Die Rechtsverhältnisse der Landarbeiter sind infolge der verschiedenen bundesstaatlichen Regelung höchst vielfältig und verworren. Der Zentralverband Christlich-nationaler Dorf-, Land- und Weinbergsarbeiter hat jetzt eine Allianz in die Wege geleitet, um eine Vereinheitlichung und Reform der vielfach veralteten Rechtszustände anzuhaben. In seiner letzten Ausschusssitzung hat der Verband beschlossen, zwei Petitionen an den Reichstag zu richten. In der ersten Petition wird eine Zusammenstellung der gesetzlichen Bestimmungen über die Rechtsverhältnisse des Landes und der ländlichen Arbeiter sowie über die Bestrafungen gefordert, welche auf Grund der Strafbestimmungen in den verschiedenen deutschen Staaten über die Position ländlicher Arbeiter in den letzten zehn Jahren erfolgt sind. Die zweite Billigkeit wünscht statistische Erhebungen über die soziale und wirtschaftliche Lage der Landarbeiter. Solche Eingaben an den preußischen Landwirtschaftsminister und die betreffende Staatsregierung, die ebenfalls beschlossen wurden, behandeln die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Forstarbeiter des Berges und in Bayern.

**Gefangenes Befreiungs.**  In einem von der sozialdemokratischen Presse häufig abgedruckten Briefgettleiner der Universität: „Um drückendes Befreiungsschreiben“ wurde behauptet, der Redakteur Sennheuer habe der drückenden „Zeitung“ Presse in einer Verhandlung in Bonn öffentlich ordent-

„In Freiburg tobte ein Kampf der Textilarbeiter, der mutigstens geführt wird. Seit 14 Tagen stehen die Männer im Streik. Nehmen Sie (die Bodenarbeiter) für die Freiheit an dem Kampf teil.“

Der Konsens folgert nun die sozialdemokratische Stelle „Vereinigung und Fortentwicklung der Gewerkschaften“. Eine ganze Entwicklung ist jedoch aus der Sache gegründet. Herr Schröder hat weiter in Bockoff noch positive eine solche Art auch mit dem Namen nach öffentliche Verantwortung getan. Das ist auch schon deshalb unmöglich, weil der betriebsliche Zusammenhang im Betrieb bereits bestimmt ist, als der Konsens in Bockoff zum Abschluß kam. Wenn man also hier wieder mit einem Schlußvotum sozialdemokratischer Gewerkschaften zu tun hat, so werden einjamh Verhandlungen eintreten, um mit den direktiven Arbeiterschaften und ihren Führern verhandelt zu können.

Erwachsene Weiberstimmen und gelbe Schleierung.  
Die Hälfte des damaligen männlichen Volkes war  
eigentlich Erbfeindin; hatte am 7. Mai gegen die  
gelben Schleierin die Stellung genommen, was in einer  
grossen Synagoge Simeons Kibbush ha-ma'arekhet. Das  
hat sie Erbfeindin des gesamten Volkes geworden.  
Am 2. August kam mit der grossen Bevölkerung nach mit 312  
und 15 Stunden bei 3 Elementen (Wasser, Feuer  
und Erde) auf dem Lande.

Der Schiedsgerichtshof schreibt seine Urteile ein. Der Verfassungsgerichtshof ist der Berufungsgerichtshof im kleinen. Der Rechtsanwalt und Notar sind von beiden Seiten wiederum die höchsten Magistraten gegen den erledigt, unverzüglich nach dem Leidenden Rechtsanwaltsschreiber. Es ist jedoch im Falle „der Verfassung“ nur in der Strafanwaltschaft der Rechtsanwalt zu Disposition die Entscheidung auf Verjährung eines Falles erledigt, und die Mitglieder des Hofes müssen sich nicht binden, zu welcher Siedel in die entsprechende Provinz zu entscheiden. Ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs ist vom Rechtsanwalt und Notar zu erledigen.

den Vereinen bilden, welche jenen Weisungen folgen und gegen unsre Grundsätze agitieren. Im übrigen erklärt der Verband daß er an seiner Stellung zur christlich-nationalen Arbeiterbewegung festhält und für das freie Koalitionsrecht seiner Mitglieder eintritt.“

**Konservative Partei und gelbe Arbeiterbewegung.** Von einer führenden Persönlichkeit aus dem konservativen Lager wird uns geschrieben: Die Hamburger Tagung der gelben Vereine wird von der „Konservativen Korrespondenz“ Nr. 62 benutzt, um ein Lobsied auf die „wirtschaftsfriedliche“ Arbeiterbewegung in einem Leitartikel zu singen. Nach ihr sollen die Gelben zu Unrecht beschuldigt werden, „daß sie ihre Standes- und Berufsehre preisgeben, indem sie einem friedlichen Zusammengehen mit den Arbeitgebern zustreben, anstatt diesen gegenüber eine grundsätzliche Kampfesstellung einzunehmen“. Das ist natürlich falsch. Die christlichen Gewerkschaften nehmen auch keine grundsätzliche Kampfesstellung gegen die Arbeitgeber ein. Was sie wollen, ist eine von Arbeitgeberinflüssen unabhängige und selbständige Sondersorganisation der christlich und national gesinnten deutschen Arbeiterschaft. Warum gibt es denn keine gelben Arbeitgeberverbände, in denen der Arbeiterschaft der Haupteinfluß zugestanden wird? — Also: Sedem das Seine! Dem Arbeitgeber seine Organisation, aber auch dem Arbeiter seine. Die gelben Gewerkschaften sollen den Arbeiter zur bedingungslosen Unterwerfung erziehen gegenüber dem Unternehmertum. Dagegen sich zu wehren, ist das Recht jedes vaterländisch gesinnten Arbeiters. Der Leitartikel der „Konservativen Korrespondenz“ zugunsten der gelben Gewerkschaften wird in breiten konservativen Schichten unseres Volkes ganz entschieden abgelehnt, weil sie in einem Freundschaftsverhältnis zur christlichen Gewerkschaftsbewegung stehen.

**Die „wertvolle Stütze“ der Unternehmer.** Der Unternehmerverband der Papier- und Zellstofffabrikanten hat seinen Mitgliedern vertrauliche Ratschläge für ihr Verhalten gegenüber den Arbeitern zugehen lassen. Darin findet sich auch folgende bezeichnende Anweisung:

„Versuche in Deiner Fabrik einen Vaterländischen  
Werkeverein zu gründen, oder Deine Arbeiter wenigstens  
teilweise einem nationalen Arbeiterverein anzuschließen.  
Diese Verbände wollen den Ausstand vermeiden und  
wollen Dir in Streiffällen eine wertvolle  
Stütze sein.“

Hier ist es von Unternehmerseite wieder einmal offen ausgebrochen, wer die Werkvereine gründet und welche Interessen diese Vereine zu vertreten haben. Man kann in diesem Zusammenhang die Tatsache in die Erinnerung rufen, daß die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in einer Ausschüpfung ihres Geschäftsführer damit beauftragte, ein Fusterstatut für gelbe Werkvereine auszuarbeiten. Der alte Beweis, daß diese Vereine nur Werkzeuge und Schutzzuppen des Unternehmertums sind.

**Das Los der alten Lohnarbeiter.** In der letzten Zeit ist in der Öffentlichkeit vielfach darüber diskutiert worden, wie sich das Los der alternenden Arbeiter gestaltet. In Hand von Einzelbeispielen ist von Arbeiterseite häufig darüber gefragt worden, daß Arbeiter, wenn ihre besten Kräfte verbraucht sind, beiseite gehoben und jüngere Arbeitsträume an deren Stelle gejagt werden, und daß die Arbeiter nur sehr schwer wieder eine neue Arbeitsmöglichkeit finden können. Besonders schlimm gestaltet sich deren Lage deshalb, weil eine große Anzahl von älteren Arbeitern nur bis zu einem gewissen Lebensalter ausspielen. In der „Täglichen Rundschau“ (16. April 13) veröffentlicht Prof. Wittichewsky einen Artikel zu dieser Frage, der darauf hinausläuft, diese Klagen der Arbeiterschaft als unbegründet hinzustellen. Aus Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten will der Verfasser die Schlussfolgerung ziehen, daß wohl „alternde Arbeitnehmer vielfach zu einem Nachteil ihrer Betriebsarbeit sich veranlaßt sehen, sei es, weil ihre bisherige Fähigkeit ihre Kräfte übersteigt, sei es, weil sie ein späteres Boot zu finden glauben“. Darauf baut der Verfasser dann folgendes Rüstum auf:

„Hingegen fehlt ein Nachweis, daß brutaler Unternehmertum die schwächeren Kräfte einfach auf die Strafe hört, oder daß arbeitswilligen Alten keine Aufnahme gewährt wird. Ausnahmen mögen vorkommen, sind aber ganz gewiß keine allgemeine Erdeinung.“

Diese Erfolgsergebnisse können leider vor der Wirklichkeit nicht standhalten. Wenn man auch den Vorwurf nicht als allgemeinen darf, daß ältere, betrauerte hätte eine rücksichtslos auf die Strafe gekommen wären, es gibt erstenfallsweise auch noch Unternehmen, die ältere Arbeiter bis zur Invalidität beschäftigen —, so steht aber auf der anderen Seite die Tatsache bestehen, eine lange, lange Reihe von industriellen Werken haben jüngst konsumiale Betriebe Arbeiter nur bis zu einem gewissen Lebensalter einzustellen. Eine überlächliche Umfrage hat ergeben, daß derartige Bestimmungen ebenfalls nicht in den Arbeitsordnungen der industriellen Werke niedergeschlagen werden, daß aber in der Praxis die Regel so gehandhabt wird, und zwar auf Grund der Vorschriften der jeweiligen Betriebsvereinbarungen. Zum Beispiel werden auf folgenden Werken in der Regel Männer über 40 Jahre nicht mehr eingestellt: Krupp, Bergwerkschaft, Esser; Allgemeine Elektricitätsgeellschaft Berlin; Österreichische Sparte Salzburg; Österreichische Minette Salzburg 2000; Thürir. Eisenbahngesellschaft, Österreichische Sparte Salzburg; Gaggenau; Gottschalk.

Auch eine große Anzahl von Stadtverwaltungen hat eine Altersgrenze für neu einzustellende Arbeiter festgesetzt; hier ist die Bestimmung auch in den Arbeitsordnungen für die kommunalen Betriebe niedergelegt. Wir greifen nur einige heraus. Das Höchstalter für Neu-einzustellende beträgt beispielsweise in Düsseldorf 40, Offenbach 45, Karlsruhe 40, Bruchsal 35, Stuttgart 36 und in Würzburg 40 Jahre. Von den Kommunen sollte man derartige Härten eigentlich am allerleichtesten erwarten, denn wenn alle Unternehmer so handeln würden wie diese Gemeinden, dann könnten die älteren Arbeiter ja nirgends mehr Arbeit und Brot finden und würden dann als bedauernswerte, überflüssige Mitglieder der Gesellschaft den Armenverwaltungen, also den Kommunen selbst wieder zur Last fallen.

Angesichts dieser Zustände ist die schicksalsschwere Frage wohl am Platze: Was wird aus den vielen Wohnarbeitern, die nach dem 40. Lebensjahr das Unglück haben, eine neue Arbeitsstelle suchen zu müssen? Bei den vorliegenden Angaben handelt es sich nur um einige Stichproben. Wenn eine genaue Erhebung darüber veranstaltet würde, inwieweit älteren Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit durch solche Bestimmungen beschnitten wird, dann würde es wohl kaum jemand noch wagen, die Klagen der Arbeiter über diesen verhängnisvollen Mißstand als unberechtigt hinzustellen.

## **Wirtschaftliche Bewegung.**

Gesperrt sind: Mülheim-Ruhr (Sperre über die Firma Kurth und Hoffmann wegen Nichtinnehaltung des Tariffs), Gelsenkirchen (Fliesenleger) (Sperre über die Firma Wünnebed & Co). Bitburg, Eifel (Sperre über die Firmen Batson Jr. und sen. wegen Maßregelung). Ibbenbüren Sperre über den Bauunternehmer Buhmann wegen Nichtinnehaltung des Tarifvertrages). Düsseldorf (Sperre über die Firmen Peters, Köhler und Lenden in Urdenbach wegen Nichtzahlung der erhöhten tariflichen Lohnsätze.) Viersen Sperre über die Rheinischen Chamotte- und Dinaswerke, Bauabteilung Viersen. Hamm i. W. (Sperre über das Studebschäft Heinrich Müselet wegen Nichtanerkenntung des Tariffs). Marburg (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Caternberg (Maurer und Hilfsarbeiter, Sperre über die Firma Heinrich Busmann). Lippespringe (Streik der Maurer und Bauhilfsarbeiter). Hemer bei Herlohn (Streik d. R. u. B. wegen Nichtanerkenntung des Vertrages). Neustadt Schwarzwald) (Streik der Zimmerer). Steele (Sperre über die Firma Fr. Jäuf wegen Nichteinhalitung des Tarifvertrages und Maßregelung.) Großeslingen (Sperre über die Firmen Jos. Grupp, Karl Blau, Paul Grupp, Jos. Haas, Jos. Singer, Jos. Staiber). Gleiswitz (Sperre über das Betriebschäft Härtel wegen Nichtzahlung des Tariflohnes). Heiligenstadt (Eichsteld) (Sperre über die Firma Jung aus Geislingen wegen Nichtanerkenntung des Tarifvertrages). Bremen Sperre über die Firma Scholand & Comp. wegen Vertragsdifferenzen.) Rheindorf (Sperre über die Baugeschäfte Heinrich Strater und Fr. Fischer). Krefeld (Sperre über das Studgeschäft Baher & Voiten). Gaffig (Sperre über die Firma Florath wegen Nichtanerkenntung des Tarifvertrages.) Köln (Wegen Lohndifferenzen ist die Baustelle der "Rhenania" Deltwerke in Monheim gesperrt). Bleicherode a. Harz (Streik bei der Firma Weltmeister). Düsseldorf (Streik der Dachdecker). Zugang ist festzuhalten.

Begit? Gila.

**Siegen.** Nachdem im Raugewerbe der Tarif zum Abschluß gebracht war, hielten die Kollegen von Laasphe, Breidenbach, Wallau und Umgegend die Zeit für gekommen, auch ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen tariflich festzulegen. Die von uns eingereichte Forderung wurde von den Unternehmern in Laasphe schroff abgelehnt. Alle Versuche, auf friedlichem Wege eine Einigung zu erreichen, scheiterten an dem rücksichtigen Arbeitgeberum. Daraufhin beschlossen unsere Kollegen einstimmig, die Arbeit niederzulegen, welches auch bis in die Mauerer Orb und Salzmann geschah. Diese waren aber nicht in der Lage, der Bewegung Abbruch zu tun. Da von auswärts trotz aller Bemühungen keine Arbeitwilligen zu haben waren, erklärten sich die Unternehmer nach 4½ wöchigem Kampf bereit, mit uns zu handeln und einen Vertrag abzuschließen. Der Vertrag sieht eine Lohnverhöhung von 5 Pf. pro Stunde vor; gezahlt werden ab 1. August 1913 42 Pf., ab 1. April 1914 bis 31. März 1915 46 Pf. pro Stunde. Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden, ab 1. April 1914 10½ Stunden. Mußte man in Laasphe kämpfen, um die Arbeitgeber zum Abschluß eines Vertrages zu zwingen, so lang es in Breidenbach und Wallau auf friedlichem Wege eine Einigung zu erreichen. Der Vertrag sieht Breidenbach und Wallau bringt eine Lohnverhöhung von 5 Pf. pro Stunde. Es werden gezahlt ab 1. August 1913 bzw. 42 Pf., ab 1. April 1914 bis 1915 45 Pf. Die Arbeitszeit ist für dieses Jahr auf 11 Stunden, ab 1. April 1914 auf 10½ Stunden festgelegt. Die Beurteilung der Erfolge kann erst richtig ermessen werden, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es vor wenigen Jahren nicht möglich war, die dortigen Bauarbeiter zur Organisierung zu gewinnen, ja, selbst die im Siegerlande so scharf Gewonnenen konnten in ihrer Heimat nicht halten werden. Kollegen von Laasphe, Breidenbach und Umgegend! Haben wir gesehen, daß nur durch klare, bewußte Organisationsarbeit es möglich war, günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen, so wollen wir gemeinsam Hand in Hand arbeiten, bis der letzte Bauarbeiter sich dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter angegeschlossen hat, dann werden auch die erzielten Erfolge uns erhalten bleiben und später mehr gebaut werden.

Begirt Frankfurt a. M.

**Sie** Marburg a. d. Lahn stehen die Bauarbeiter  
dem 23. Mai im Streik. Die Unternehmer machen  
eigenspezifische Anstrengungen, Arbeitswütige heran-  
zubringen. Diese Gemüthsart hatten bis jetzt wenig Erfolg.

folg. Die Angeworbenen konnten immer wieder, wenn auch unter Überwindung von Schwierigkeiten, abgeschoben werden. Um nun die Tätigkeit der Unternehmer etwas erfolgreich zu gestalten, nahm sich die Polizei ihrer liebwohl an. Den Streikenden wurde verboten, an die Arbeitswilligen heranzutreten und sie anzusprechen. Einige dieser Exemplare wurden von Gendarmen von und zu der Arbeitsstelle gebracht. In einigen Fällen trug man auch deren Bequemlichkeit Rechnung, indem man sie einfach auf einen Lastwagen packte und unter Polizeibedeckung von und zur Arbeitsstelle fuhr. Unsere Kollegen wollen nun, von der Begleitung der Polizei abgesehen, dieselbe Begünstigung fordern. Für die Streikenden, die sich nun ansammelten und über derartige Transporte lustig machten, regnete es dann Strafzettel. In einer außerordentlich gut besuchten gemeinschaftlichen öffentlichen Versammlung, die am 26. Juli in Marburg stattfand, wurden diese Zustände einer scharfen Kritik unterzogen, und ist es seitdem etwas besser geworden. Daß der Kampf in Marburg nicht mehr um ein paar Pfennige mehr oder weniger Lohn geführt wird, geht schon daraus hervor, daß die Unternehmer eine Vermitzung des Oberbürgermeisters ablehnen. Die Verneigung der Arbeiterorganisationen ist der schlichte Wunsch der Unternehmer, wird aber trotz dieses Kampfes immer nur ein Wunsch bleiben. Die Arbeiter stehen heute nach einem elfwöchigen Kampfe genau noch so geschlossen da, wie beim Beginn des Kampfes. Wenn diese Geschlossenheit des Kampfes auch für die Zukunft anhält, kann der Ausgang des Kampfes für uns nicht zweifelhaft sein. Inzwischen ist aus einstimmigen Beschuß der Marburger Stadtverordneten der Magistrat ersucht worden, die Parteien nochmals zu Verhandlungen einzuladen. Der Magistrat ist dem nachgekommen und hat die Verhandlungen auf Donnerstag, den 14. d. M., angezeigt. Ob die Unternehmer diesmal der Einladung folgen werden, ist noch unbestimmt. Die Position der Streikenden ist auch heute noch als eine sehr günstige zu bezeichnen. Selbst wenn sich die Unternehmer noch einige Wochen über Wasser halten sollten, einmal müssen sie den neuen Vertrag doch schließen.

#### Bezirk Hannover.

**Bleicherode (Harz).** Der Streit hier am Orte geht unverändert weiter. Maurermeister Wertmeister versuchte sich aus der Kleinstadt zu retten, indem er die Arbeiten an die Firma Pflüger Nachfolger aus Duderstadt vergeben hatte. Diese Firma suchte nun in der Duderstädter Gegend Maurer nach Bleicherode; es fanden sich auch einige Maurer. Dieselben waren aber auch alle organisiert. Als sie dann über die Sache aufgeklärt wurden, reisten sie wieder ab. Herr Pflüger bahnte dann mit uns Verhandlungen an, die aber zu keiner Einigung führten. Der Zugang ist daher fernzuhalten; lasse sich kein Kollege, auch nicht durch andere Firmen, nach Bleicherode locken. Nur die Firma Goldmann ist nicht gesperrt, weil da schon höhere Löhne gezahlt werden, als gefordert sind. Goldmann ist aber mit Arbeitskräften genügend versehen.

Nachdem der Versuch, durch die Firma Pflüger Nachfolger, Duderstadt, Arbeitskräfte aus Umwegen nach hier zu bekommen, fehlgeschlagen ist, machte Herr Wertmeister von dem Angebot eines anscheinend gewerbsmäßigen Arbeitsmillionärs namens Ernst Freymann aus Berlin Gebrauch. Dieser Freymann hatte sich durch einen Brief angeboten, mit einer Altkordkolonne Berliner Maurer die Arbeiten in Alford fertigzustellen, auch rühmte er sich in seinem Schreiben, daß er schon an mehreren Stellen Streiks kaput gemacht hätte. Herr Wertmeister reiste selber nach Berlin, um mit diesem Herrn Verbindung zu bekommen. Am Sonnabend, den 2. August, erschien im „Berliner Arbeitsmarkt“ (Ausgabe der „Berliner Morgenpost“) ein Inserat folgenden Inhalts:

Alfordmauer,  
Träger, außerhalb Restaurant  
Kabel, Sprengelstr. Nr. 16.

Es meldete sich dann auch die notwendige Zahl Maurer wie Arbeiter. Den Leuten wurde aber der wahre Sachverhalt nicht mitgeteilt. Es wurde ihnen vorgeklagt, daß sie nach einem großen Bau in einer Vorstadt von Erfurt solten; dort seien schlecht einheimische Leute hinzubekommen, diese wollten auch nicht im Alford mauen. Die Fahrlässigen befahlen die Leute gar nicht zu jehen, diese wurden von Wertmeister oder dem Vermittler festgehalten. Am Montagmorgen rückte nun Herr Wertmeister triumphierend mit dieser Kolonne von 21 Mann in Bleicherode ein. Die Polizei war selbstverständlich in einem starken Aufgebot zur Stelle. Die Arbeiter wurden dann so unter polizeilicher Bedeckung nach dem Neubau des Krankenhauses gebracht und dort erst mit dem notwendigen Bier und Chwarten verschen. Erst abends war es uns möglich, mit den Leuten in Verbindung zu kommen, und zwar mit dem Erfolg, daß am Dienstagmorgen 13 Mann wieder nach Berlin zurückkehrten. Bezeichnend ist es, daß Wertmeister immer sagt, er kann keinen höheren Lohn zahlen, als er vor dem Streik gezahlt hat. Deshalb kostet es ihm die ganzen Vermittelungskosten, Fahrgeld und Speien, dann will er noch den Maurern, wenn sie mit dem Alford nicht auskommen, weil es ja an den notwendigen Trägern fehlt, einen Stundenlohn von 75 Pf. garantieren. Die einheimischen Maurer fordern einen Stundenlohn von 45 Pf. Man sieht, daß es sich um einen Prinzipienkampf bei Herrn Wertmeister handelt. Er wird aber nachgeben müssen, denn die wenigen Berliner, die gehengedieben sind, werden ihm das Krankenhaus nicht fertigmachen. Eines muß aber noch gesagt werden: Berlin wird immer berühmter, das heißt, es kommt in der Provinz in einen recht traurigen Ruf. Das, was sich hier die Reisenden haben bieten lassen, würde man unseren Kollegen von den entlegensten Dörfern nicht haben bieten dürfen.

## Verbandsnachrichten.

Wir machen die Mitglieder in ihrem eigenen Interesse darauf aufmerksam, daß am Sonntag, den 17. August, der fünfzigste Wochenbeitrag fällig ist.

**Bogis-Posen.** Mit recht unsauberen Mitteln scheint gegenwärtig der polnische Berufsverband unter den christlich organisierten polnischen Kollegen zu arbeiten. Aus Kruszwica, Hohensalza, auch aus Ostrowo teilt man der Bezirksleitung mit, daß die polnischen Kollegen aus dem christlichen Verbande bestreiten wollen, weil der Centralvorstand Gelder der Königl. Ansiedlungskommission vorlegt. Wir nehmen an, daß die polnischen Agitatoren diese Lügen verbreiten, damit die polnischen Kollegen aus dem christlichen Verband herausgekettet werden sollen. Man sagt ihnen: seht mal, so macht es der christliche Verband, mit Euren Beiträgen werden die Polen enteignet, indem die Gelder der Ansiedlung geborgt werden usw. Daß es noch so dumme Kollegen gibt, die solchen Unsinn glauben, ist ja zu bedauern. Hier kann man aber auch sagen: Ist die Sache auch noch so dummkopfig, sie findet doch ihr Publikum. Es sei hiermit unseren polnischen Kollegen erklärt, daß solche Behauptungen, die da verbreitet werden, ganz grobe Lügen sind. Damit dieser verlogenen Agitation der Boden entzogen wird, werben die Kollegen ersucht, jeden, der behauptet, daß der christliche Verband Geld der Ansiedlung verborgt, der Bezirksleitung mitzuteilen, damit solche Lügner bestraft werden können. Ich möchte den polnischen Kollegen nur raten, fest und treu zum christlichen Verband zu halten. Derselbe hat jahrelang die Interessen der gesamten Kollegen vertreten, er wird es auch in Zukunft tun, und zwar ohne Unterschied der Konfession und Nationalität. Wir sind alle Bauarbeiter, ob polnisch oder deutsch, und haben gegenwärtig Wichtigeres zu tun, als uns noch mehr zu zerstreuen. Für alle christlich gesinnten Bauarbeiter kommt nur der christliche Bauarbeiterverband in Frage, der in der Lage ist, die Interessen der Kollegen zu vertreten.

## Die Geschichte eines Tarifbruchs und einer Klage.

Man ist an viele Stücke verleideter Art seitens der christlichen Führer gewöhnt. Aber selten ist wohl mit einer solchen Freiheit gelogen worden, wie in diesem Falle. (Grundstein, Nr. 49 von 1912.)

In Hagen i. W. bestand von 1910 bis 31. März 1913 ein Tarifvertrag für das Stellateurgewerbe, der für auswärtige Arbeiten, wenn die Arbeiter des Mittags nicht nach Hause gehen konnten, eine Vergütung von 60 Pf. pro Tag für das Mittagessen vorsah. Als nun das Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes Anton Ortloff von dem Stellateurmeister Siegfried Heinrichs, dem Mitglied des Arbeitgeberverbandes ist, nach Herdecke zur Ausführung eines Stücks Arbeit gesandt wurde, für welchen Ort die vorgenannte Bestimmung in Frage kam, vereinbarte Ortloff mit Heinrichs, auf die 60 Pf. pro Tag verzichten zu wollen, dafür aber täglich eine Stunde länger zu arbeiten, als wie der Tarif vorsah, um so einen Ersatz für den Verlust zu gewinnen.

Das war ein doppelter Verstoß gegen den Tarif: der Verzicht auf die 60 Pf. pro Tag und die Verlängerung der Arbeitszeit um eine Stunde.

Später singen die beiden Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes Zilles und Paue an dem nämlichen Bau in Herdecke an. Mit diesen will Heinrichs das nämliche Abkommen getroffen haben, was beide entschieden bestreiten. Als sie den Zuschlag von 60 Pf. pro Tag nicht erhalten, wandten sie sich an unsere örtliche Organisationleitung in Hagen, damit diese ihnen zu ihrem tariflichen Rechte verhelfe. Diese rief sofort die Schlichtungskommission an, die

mit Stimmengleichheit

den Antrag unserer Mitglieder ablehnte. Es wurde festgestellt, daß keiner der in Herdecke Beschäftigten die Zuschläge erhalten habe. Der in der Sitzung anwesende Ortloff gab hier sein tarifwidriges Sonderabkommen zu, welches die Arbeitgebervertreter für zulässig erklärten, und sie aus dieser Anschauung heraus gegen den Antrag unserer Mitglieder stimmten.

Mit dieser Entscheidung gab sich unsere Organisationleitung nicht zufrieden, weil damit den Sonderabkommenen

Tür und Tor geöffnet wurde und unsere Mitglieder um ihr Recht gebracht wurden. Sie beantragte eine gemeinschaftliche Vorstandssitzung mit dem sozialdemokratischen Bauarbeiterverband, die stattfand und die folgenden Beschlüsse:

„Die Organisationen verlangen, daß den Stellateuren, die in Herdecke beschäftigt waren, die im Vertrag festgelegten Zuschläge sowie Fahrgeld nachgezahlt werden. Sie werden ihre ganze Kraft zur Durchführung des Vertrages voll und ganz einsetzen.“

Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung bei der Organisationen schloß sich diejenigen Beschuß an und beauftragte ihre Organisationsbeamten, erneut bei Heinrichs vorstellig zu werden. Das war am 10. August v. J. Als diese am folgenden Morgen zu Heinrichs kamen, erklärte dieser, er wolle erst mit seinen Stellateuren Rücksprache nehmen, die Organisationsvertreter möchten des nachmittags noch einmal bei ihm vorschreiben. Dies geschah. Am Nachmittag erklärte Heinrichs, einen kleinen Betrag wolle er zahlen, im übrigen würde die Forderung von seinen Arbeitern für ungerecht gehalten. Damit war die Einigung gescheitert. Am Abend desselben Tages (11. August) fand eine weitere gemeinschaftliche Versammlung statt, in welcher die

Sperre über das Stellateurgebäude Siegfried Heinrichs

verhängt werden sollte. In dieser Versammlung tritt plötzlich Ortloff und ein Stellateur Fühling, ebenfalls Mitglied des Deutschen Bauarbeiterverbandes, mit zwei Lohnfüßen hervor, nach denen sie

die Zuschläge für das Mittagessen restlos erhalten hatten in Höhe von 26,40 M., genau soviel, wie sie fordern müssten.

Alles ist statt und verblüfft!

Die Lohnfüßen wandern von Hand zu Hand, der Organisationsvertreter des Deutschen Bauarbeiterverbandes hält sie zur Prüfung gegen das Licht. Niemand will an ihre Echtheit glauben. Die Versammelten standen vor einem Rätsel. Was war hier vorgegangen? Ortloff hatte mit dem Arbeitgeber Heinrichs das tarifwidrige Sonderabkommen getroffen, auf Grund dessen letzter die Zahlung verweigerte, und die Schlichtungskommission hatte zu seinen Gunsten entschieden. Wie kam er nun dazu, die Zuschläge plötzlich zu zahlen? Warum aber zahlte er sie mit an Ortloff und Fühling und nicht auch an Zilles und Paue? Diesen beiden verweigerte er die Zahlung. Wie sollte man sich diese Haltung erklären?

Außerdem: hatte Heinrichs nicht noch kurz vor der Versammlung erklärt, die Forderung würde jetzt von seinen Stellateuren,

darunter Ortloff und Fühling, für ungerecht gehalten? Ausgerechnet auch von diesen beiden, die nun plötzlich die Zuschläge erhalten haben wollten (Zilles und Paue waren bereits aus dem Arbeitsverhältnis bei Heinrichs ausgeschieden).

Das waren der Rätsel zu viele, als daß sich die Versammlung eine bestiedigende Antwort darauf geben konnte.

Endlich kommt es jetzt zu einer entscheidenden Wendung. Zilles und Paue bestehen auf die Zahlung der vollen Zuschläge. Nunmehr erklärt plötzlich der Deutsche Bauarbeiterverband, die Angelegenheit sei für ihn erledigt, nachdem seine Mitglieder nachgewiesen hätten, daß sie die verlangten Zuschläge in ihrer vollen Höhe erhalten hätten. Mit dieser Erklärung waren die Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes in der Geltendmachung ihrer tariflichen Ansprüche unterlegen.

Die Einigkeit der Arbeiter war durchbrochen, die Möglichkeit, den Arbeitgeber Heinrichs durch Sperre seines Geschäfts zur Zahlung an die beiden zu zwingen, war hinfällig geworden.

Zilles und Paue gingen nun ans Gewerbe gerichtet. Auf die

uneidliche Zeugenaussage des Ortloff und Genossen hin mit dem genannten Sonderabkommen wurden sie mit ihrer Klage abgewiesen.

Wir schrieb darüberhin in Nr. 45 der „Baugewerkschaft“ vom vorigen Jahre über die Versammlung vom 11. August, nachdem wir die Entwicklung des Streitfalles dargelegt:

„Der „Genosse“ Ortloff und noch ein unbekannter „Genosse“ tauchten in dieser Versammlung mit gefälschten Lohnfüßen auf, wonach sie die Zuschläge bekommen hätten; das stellte sich aber als Schwindel heraus. So betrügt der entlarvte Genosse seine eigene Tasche.“

Darob große Entrüstung bei der Verbandsleitung des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbandes in Hagen, und sie schrieb dazu in Nr. 49 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre:

„Man ist an starke Stücke verleideter Art seitens der christlichen Führer gewöhnt. Aber selten ist wohl mit einer solchen Freiheit gelogen worden, wie in diesem Falle. Wir werden es nicht vergessen.“

Und nun fühlte sich plötzlich

Anton Ortloff beleidigt,

und er strengte Klage gegen uns an, wie man behauptet, auf Drängen seiner Verbandsleitung in Hagen. Und seltsamerweise klage Ortloff nicht etwa in Hagen, sondern in Berlin, wahrscheinlich um es dem Angeklagten, Kollegen Becker, recht bequem zu machen.

Auf 23. Juni fand in Hagen i. W. die kommissarische Beurteilung der Zeugen statt. Wir führen nur die beeideten Aussagen des Hauptzeugen, Stukkateurmeister Siegfried Heinrichs, in ihren entscheidenden Stellen an. Heinrichs sagte aus:

Eines Tages im Sommer 1912 habe ich mit dem Privatkläger Ortloff vereinbart, daß er und Zühlings die von mir verlangten Zuflüsse erhalten, nämlich 0,60 M täglich und Fahrgeld. Es stellte sich heraus, daß sie

diese Summe nicht vollständig verlangten, sondern den Gesamtbetrag abzüglich etwa 12 M. Die Lohnstüten wurden

auf ihren Wunsch in der vollen Höhe ausgeschrieben, d. h. ohne Verkürzung ihrer Ermäßigung von insgesamt 12 M.

Später verlangte der Privatkläger (Ortloff) auch noch von mir Zahlung des Betrages, um den die Zuflüsse ermäßigt waren (etwa 12 M.) mit dem Vermerk, daß er

diesen Betrag mit nach Erledigung des Prozesses zurückzuzahlen würde.

Unter dem Prozeß war offenbar dies Privatklageverfahren gemeint.

In den Aufschriften der Lohnstüten sind, soviel ich weiß, keine Fälschungen vorgenommen.

Als der Privatkläger (Ortloff) von mir die Ausstellung verlangte, wußte ich, daß die Sparte über mein Geschäft verhängt werden sollte, wenn ich nicht die Zuflüsse bezahlte, trotz meiner ursprünglichen Vereinbarung, daß seine Zuflüsse bezahlt werden sollten."

So weit der Zeuge Heinrichs. Daraus geht folgendes hervor:

Zwar des tarifwidrigen Sonderabkommen verlangte Ortloff für sich und den Stukkateur Zühlings just an dem Tage, wo von der Versammlung Zwangsmäßigkeit gegen Heinrichs beschlossen werden sollte, von diesem die Zahlung der Zuflüsse. Er verlangt sie aber

mehr für sich

und nicht auch für die beiden christlich Organisierten Silles und Banque. Er verlangt die Zuflüsse jedoch nicht in ihrer vollen Höhe von 26,40 M., sondern etwa 12 M weniger. Auf seinen speziellen Wunsch hin, und das ist ganz besonders hervorzuheben, wird jedoch der vollen Betrag von 26,40 M. auf die Gehaltsrate ausgeführt.

Es wurde damit eine doppelte Fälschung begangen:

Einmal, weil die Lohnstüten einen höheren Betrag in der Aufschrift zeigten, als wie sie in Wirklichkeit enthalten hatten, sodann weil damit der Antrag erneut wurde, den tarifmäßigen Ansprüchen des Ortloff und Zühlings sei in voller Höhe entsprochen. Daß Ortloff persönlich die Lohnstüte gefälscht habe, ist nirgends bekräftigt; daß er den Beträgen zur Fälschung verleitet, ist durch diesen Zeugenausschlag erwiesen, welche Behauptung in der "Baugewerkschaft" jedoch nicht aufgegriffen ist.

Zu den geschilderten Lohnstüten gingen Ortloff und Zühlings direkt an diese Seite die Versammlung in großlicher Art, insbesondere aber durch ihre Schriftleitung und hielten sie damit vor der Eröffnung ihrer tariflichen Sicht ab.

Die Eröffnung wurde zu einem bestimmten Zweck verzögert. Seien wirge, daß, wenn er nicht den Betrieb betrieben hätte, die Zuflüsse in voller Höhe erhalten zu haben,

die Sparte über Heinrichs bestimmt wurde.

Heinrichs meinte das ebenfalls, wie er unter seinem Gütebriefe. Um diesen vorzubringen, schlossen Ortloff und Zühlings mit Heinrichs ein Schiedsgericht ab. Heinrichs, der nur noch sozialdemokratisch organisierte Arbeiter in seinem Geschäft hatte, wußte erneut, daß er aus dieser Weise die Zuflüsse befriedigen, einen Arbeiter aber keine Macht mehr besitzen, um sie

auszugeben. Ortloff kontrollierte durch seine sozialdemokratischen Staffeleute zu dem Gewerkschaft nicht eingreifen, weil ja sonst die Eröffnung öffentlich gemacht wäre. Auf diese Art

sind die beiden ja auch um ihr tarifliches Recht gebracht worden.

Ortloff war sich seiner unrechtmäßigen Handlungsweise, wie sie unter Berufssangehörigen nicht vorkommen sollte, sehr genau bewußt. Um sie zu verbauen oder mindestens zu verdunkeln, trat er nach der Zeugenaussage des Heinrichs an diesen heran mit dem Begehr, er möge ihm die 12 M., die die Lohnstüte weniger enthalten hatte, nachzahlen. Er tat dies, um sagen zu können, er habe den Zusatz voll bekommen. Nach dem Prozeß wollte er dem Heinrichs den Betrag wieder zurückbezahlen. Dem Kläger Ortloff war es demnach mit seinem Unrecht nur darum zu tun, eine Verurteilung des Kollegen Becker, als verantwortlicher Redakteur der "Baugewerkschaft", herbeizuführen, und um seine eigene Handlungsweise zu vertuschen.

Und nun kommt der Knallschlag. Am 2. August stand der Termin in Berlin an. Ortloff dachte jedenfalls

Vorsicht ist besser als Tapferkeit, und so war weder er erschienen, noch hatte er seinen Rechtsanwalt Dr. David, der seine Vertretung übernommen hatte, zur Wahrnehmung des Termins entjandt. Damit galt die Klage als zurückgezogen, Kläger Ortloff trägt die Kosten, auch die Aussagen des Kollegen Becker als Beklagten. Wahrscheinlich wollte Ortloff sich das nicht gerichtlich bestätigen lassen, was die "Baugewerkschaft" geschrieben. Das war auch überflüssig, durch die Aussagen Heinrichs war dies schon bewiesen.

Das ist die Geschichte eines Tarifbruches und einer Klage. Wird die Leitung des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Hagen nun noch ihren Vorwurf gegen die christlichen Führer aufrechterhalten? Wie müßten ihr dann die nämlichen Worte zurückgeben, mit denen sie uns ungerechterweise aburteilen geruhten. Sic transit gloria mundi. (So endet der Ruhm dieser Welt.)

## Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

**Die weiblichen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften.** Unter den 350 930 Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1912 befinden sich 28 008 weibliche, gegen 27 152 im Vorjahr. Davon entfallen auf die verschiedenen Betriebsverbände folgende Ziffern: Textilarbeiter 12 811, Heimarbeiterinnen 8188, Tabakarbeiter 2088, Metallarbeiter 151, Staats-, Gemeinde- und Verkehrsarbeiter 635, Krankenpfleger 512, Ledearbeiter 541, Schneider 399, Graphischer Zentralverband 360, Holzarbeiter 233, Fahrungs- und Gewerbemittel-Industriearbeiter 225, Keram- und Steinarbeiter 160, Gutsangestellte 43, Württembergische Eisenbahner 26. Die größte Zunahme an weiblichen Mitgliedern hat im Berufsjahr der Gewerkschaften der Heimarbeiterinnen mit 1189 Mitgliedern. In den gewöhnlichen Verbänden ist die Zunahme eine geringe gewesen. Die weiblichen Mitglieder bezahlen in den christlichen Gewerkschaften in der Regel die Hälfte der Beiträge, die von den männlichen Mitgliedern entrichtet werden. Angesichts der großen Zahl von weiblichen Gewerbetätigten in Industrie und Gewerbe ist die Zahl der organisierten Arbeiterinnen innerhalb der christlichen Gewerkschaften noch gering. Es bleibt hier für die christliche Bewegung noch viel Arbeit zu leisten übrig.

**Die X. Generalversammlung des Gutenbergbundes,** der Organisation der christlichen Buchdrucker, vom 27. bis 31. Juli in Essen a. d. R. getagt. Aus dem Vorsitzenden Röhl (M. Gladbach) erzielten Geschäftsetzung ging hervor, daß trotz der Monopolstellung des sozialdemokratischen Buchdruckerverbands und der von diesem auf die Wahrnehmung der christlichen Organisation abgetretenen Feste der Bund doch noch im letzten Jahre um rund 200 Mitglieder zugenommen hat, davon seien 110 übergetretene Verbandsmitglieder. Im ersten Halbjahr 1913 habe der Gutenbergbund ebenfalls über 100 Mitglieder gewonnen, davon über 50 Verbandsmitglieder. Die Gesamteinnahmen betrugen 1912 152 685 M., die Gesamtausgaben 107 882 M. Das Vermögen beträgt nun 500 000 M.

Der Vorsitzende Röhl (M. Gladbach) behandelte in einem ausgewählten Vortrage, der auch über das Tarifausgezeichnete hinaus weitreichende Beachtung verdient, das Thema: "Die Befreiungen auf geistlicher Basis des Lohnarbeits- und Eingangsweisen." Der Redner behandelte hauptsächlich folgende drei Punkte: 1. Wie soll sich das gegenwärtige Recht zu dem geltenden Tarif- und Eingangsweisen? 2. Welche Vorschläge werden gemacht zu weiterem Ausbau? 3. Was ist davon zu halten? Das Resultat des institutiven Konsenses und der eingehenden Diskussion, in der besonders Erzug genommen wurde an den Aufbau und die Kompliziertheit des Tarifausgezeichneten, war die einfache Annahme folgender Resolution:

Die vom 27. bis 31. Juli 1913 im Städtischen Saalbau zu Essen a. d. R. tagende X. Generalversammlung des Gutenbergbundes ist bezüglich der Frage der geplanten Regelung des Lohnarbeitsrechtes des Anfangs, das eine Regelung des Lohnarbeitsrechtes durch die Tarifvereine für die Gewerkschaften vorsieht nicht als bestimmt. Der Weg der neuen Vereinbarung und der Tarifverein ist noch als der eilige zum Ziele führende zu betrachten. Die Generalversammlung erklärt, daß der Gutenbergbund

seinen Grundsätzen getreu, auch in Zukunft an dem Lohntarif festhalten und dessen Ausbau nach jeder Richtung hin anstreben wird.

Das Hauptinteresse der Generalversammlung konzentrierte sich auf das Referat des Bundesvorsitzenden Kollegen Thönert über: "Die Stellung des Gutenbergbundes in der Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdruckerei." Was in dem Referat und der daran anschließenden Diskussion vorgetragen und meist ablehnend belegt wurde, beleuchtete gress die tariflichen Verhältnisse im Buchdruckergewerbe, die geradezu ungewöhnlich genannt werden müssen. Von der Tarifgemeinschaft ist der Gutenbergbund ausgeschlossen. Die Tarifinstanzen ruhen ausschließlich in Händen des sozialdemokratischen Buchdruckerbandes, der die ihm dadurch in die Hand gegebene Macht mit brutalster Rücksichtslosigkeit gegen die verhaftete christliche Organisation ausübt. Wie Diskussionsredner betonten, könne nahegelegen werden, daß tarifliche Instanzen parteiische Urteile gefällt, daß Mitglieder des Gutenbergbundes anders behandelt würden als Verbandsmitglieder, und daß man Druckereibesitzern Schnörkelkeiten gemacht habe, weil sie nicht ausschließlich Mitglieder des Verbandes beschäftigten. Der "Typograph" werde demnächst das Material zusammenstellen, um zu zeigen, wie verkehrt es sei, wenn das Tarifamt glaubt, dem Buchdruckerband bestreiten zu müssen. Bedauert wurde, daß man sich stets hinter Formalitäten verstecke, um nach außen hin den Anschein zu erwecken, als wolle man dem Gutenbergbund entgegenkommen, aber man könne nicht. Wenn Anträge an das Tarifamt eingereicht würden, dann sage dieses, dafür sei der Tarifausschuß maßgebend, wie seinerzeit bei der Aufhebung der Tarifuntreuerklärung; werde ein Antrag beim Tarifausschuß eingereicht, dann sage dieser, daß er das Tarifamt kompetent, wie bei der Behandlung des Antrags, den "Typograph" ebenso wie den "Korrespondent" als Organ der Tarifgemeinschaft anzuerkennen. Es sei deshalb gut, den vom Tarifausschuß zurückgewiesenen Antrag erneut bei dem Tarifamt einzureichen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

"Die im Städtischen Saalbau zu Essen a. d. R. vom 27. bis 31. Juli 1913 tagende 10. Generalversammlung des Gutenbergbundes nimmt Kenntnis von der Behandlung der Anträge des Gutenbergbundes bei den Verhandlungen zur Revision des Deutschen Buchdrucker-Tariffs im September/Oktobe 1911 sowie bei der Sitzung des Tarifausschusses vom 21. und 22. April 1913. Die Generalversammlung erklärt, daß der Gutenbergbund auch jener auf diesen Anträgen bestehen bleiben müsse, da sie das mindeste deinen eindeutigen, was die im Gutenbergbund organisierte tariftreue Gehilfenschaft an Gleichberechtigung auf Grund ihrer bisherigen Tätigkeit für die Tarifgemeinschaft zu verlangen berechtigt ist. Die Generalversammlung bedauert die ablehnende Haltung des Tarifausschusses um so mehr, als für diese keine rechtlichen Gründe, sondern einzig und allein die Rücksichtnahme auf die Interessen des Verbandes der Deutschen Buchdrucker maßgebend geweisen sind. Die Generalversammlung erblieb in dieser fortgesetzen Begünstigung einer Organisation, deren sozialdemokratischer Charakter mit erdrückendem und bisher noch nicht widerlegtem Material nachgewiesen ist, eine schwere Schädigung des Tarifgedankens, wie auch eine schwere Schädigung der Interessen des auf christlich-nationalem Boden stehenden Teiles der Buchdrucker-Gehilfenschaft. Sie erwartet, daß auch im Buchdrucker-gewerbe der unhaltbare Zustand, daß christlich-nationale Gehilfen bei der Vertretung ihrer tariflichen Rechte und zum Schutz ihres Koalitionsrechts in den Tarifinstanzen auf das Wohlwollen und auf die Unterstützung sozialdemokratisch organisierter Gehilfen angewiesen sind, baldigst beendet werde. Die Generalversammlung erklärt sich mit den bisher zur Wahrnehmung der tariflichen Rechte der Mitglieder des Gutenbergbundes unternommenen Schritten des Hauptvorstandes und der "Typograph"-Redaktion voll und ganz einverstanden, spricht ihnen Dank und Anerkennung aus, protestiert gegen die verwerfliche persönliche Verunglimpfung der Führer des Gutenbergbundes von Seiten unserer Gegner und beantragt Hauptvorstand und Redaktion, auch ferner alle zur Erreichung der vollen Gleichberechtigung des Gutenbergbundes und seiner Mitglieder in der Tarifgemeinschaft erforderlichen Schritte zu unternehmen."

Der Hauptvorstand des Gutenbergbundes wurde von der Generalversammlung beauftragt, beim Tarifamt der deutschen Buchdrucker nachstehenden Antrag einzulegen:

"Die 10. Generalversammlung des Gutenbergbundes richtet an das Tarifamt der deutschen Buchdrucker den Antrag, auf Grund der ihm laut § 94 des Deutschen Buchdrucker-Tariffs zustehenden Befugnisse, das Organ des Gutenbergbundes, "Der Typograph", als Organ für Veröffentlichungen in Sachen des Tarifs in gleicher Weise wie die "Zeitschrift", Organ des Deutschen Buchdrucker-Vereins, und den "Korrespondent", Organ des Verbandes der deutschen Buchdrucker, anzuerkennen."

Neben "Bildungsbestrebungen der Gewerkschaften und Mittel zu deren Lösung" sprach der Redakteur des "Typograph", Koll. Trost, Es war ein ausgezeichneter Vortrag, und soll derselbe in Brodurenform weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden.

Die Unterstützungsvereinigungen des Gutenbergbundes wurden einer gründlichen Reform unterzogen. Man erhöhte den Beitrag um 25 Pf. pro Woche, so daß derselbe in Zukunft 1,20 M. pro Woche beträgt. Leistung und Gegenleistung wurden jedoch in das richtige Verhältnis gebracht und die Unterstützungsätze wesentlich zum Teil bis zu 60 Prozent erhöht.

Die Unterstützungssätze, die am 4. Oktober d. J. in Kraft treten, stehen jetzt weit günstiger als die sozialdemokratischen Buchdruckervereine.

**Nedakteur Treffert** holt am letzten Tage noch ein Referat über: „Wie gestalten wir die Agitation in der Zukunft?“ **Rebner** gab Wünsche, die, wenn befolgt werden, eine wesentliche Stärkung des Gutenbergbundes erwarten lassen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die 10. Generalversammlung des Gutenbergbundes in Essen a. d. R. fordert die Mitglieder auf, in Zukunft ganz besonderes Gewicht auf die Gewinnung der Jugend zu legen. Die Generalversammlung protestiert gegen die vom Tarifamt der deutschen Buchdrucker im Jahre 1910 herbeigeführte Aushebung der gegenstreich vorliegenden, bereits 400 Mitglieder zählenden Lehrlingsabteilung des Gutenbergbundes. Das Tarifamt hat bis heute nichts gegen die Agitation des sozialdemokratischen Buchdruckerbandes, die Jugend zu gewinnen, getan. Durch diese zweierlei Behandlung sind dem Buchdruckerbande fast sämtliche jungen Leute in den letzten Jahren in die Arme getrieben worden. Die Generalversammlung beauftragt den Haupvorstand des Gutenbergbundes, nach den gemachten Ausführungen Mittel und Wege zu beschreiten, die Jugend für den Gutenbergbund zu gewinnen.“

Es wurde beschlossen, einen Beamten für den Osten anzustellen. Das Kölner Sekretariat soll, um auch dem Süden entgegenzutreten, weiter südwärts verlegt werden, wahrscheinlich nach Frankfurt.

Der Haupvorstand und die „Typograph“-Redaktion wurden, nachdem ihnen volles Vertrauen ausgesprochen, einstimmig per Aklamation wiedergewählt.

Die Tagung als Ganzes bot das Bild geschlossener Einigkeit und zielbewussten Vorwärtsstrebens. Über die einzuschlagenden Wege, um dem Gutenbergbunde seinen Rechten in der Tarifgemeinschaft zu verhelfen, traten leider Meinungsverschiedenheiten hervor. Überhaupt legten die Debatten Zeugnis ab von der hohen Intelligenz der Delegierten. Das sind sicher nicht die Männer, die im Kampfe um ihr Recht, das in diesem Falle sonnenklar liegt, erlahmen. Wir wünschen dem Gutenbergbund zu dieser Tagung alles Glück. Möge sie recht bald die Früchte in Form erweiterter Rechte im Tarifverhältnis zeigen.

## Volkswirtschaftliches u. Soziales.

**Arbeitsnachweise im Deutschen Reich.** Auf Anregung der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat das Kaiserliche Statistische Amt Erhebungen über die Arbeitsnachweise im Deutschen Reich ange stellt. Die Ergebnisse dieser Erhebungen liegen jetzt vor. Es wurden insgesamt 8811 Fragebögen ausgegeben, und zwar 2918 bei der ersten Befragung, 5703 auf Nachforderung. Davon gelangten 2589 beantwortet zurück. Von diesen mußten 201 Fragebögen ausgeschieden werden, da ihre Antworten sich auf Arbeitsnachweise bezogen, über die schon von anderer Seite berichtet worden war. Weitere 155 Fragebögen (darunter 84 von Hannover) konnten wegen zu lückenhafter Bearbeitung nicht verwendet werden. Es sind mindestens 2224 Fragebögen bearbeitet worden. Es sind mindestens 2224 Fragebögen bearbeitet worden. 6031 Fragebögen blieben leider unbeantwortet, ein Beweis, daß das Interesse an sozialpolitischen Erwägungen noch nicht weit genug durchgedrungen ist. Es bestanden nach dieser Erhebung nachweislich 2224 Arbeitsnachweise, die sich auf folgende Weise verteilen: Gemeinden usw. 383, Herbergen und Wanderarbeitsstätten 226, Landwirtschaftsstätten usw. 87, Firmen 572, Arbeitgeber 112, Angestellte 90, Arbeiter 517, Arbeitgeber und Angestellte 119, sonstige 78. Im Jahresmittel von 1910/1912 wurden insgesamt 2 872 635 Stellen vermittelt, wobei auf einen Arbeitsnachweis 1602 Vermittlungen entfallen. Für das Jahr 1912 wurden 2 741 639 Stellen für männliche Personen vermittelt, 538 080 für weibliche, zusammen 3 509 502. Diese verteilen sich auf die Industrie mit 2 484 864 bzw. 207 000, zusammen 2 691 800 Stellen; für die Landwirtschaft mit 163 692 bzw. 59 619, zusammen 249 464 Stellen, für häusliche Dienste aller Art mit 93 103 bzw. 271 351, zusammen 361 600 Stellen. Dazu kommen noch 282 632 Stellen ohne Berufszugehörigkeit. Wenn diese Statistik auch noch der Vollständigkeit entbehrt, so gibt sie doch wertvolle Anhaltspunkte, auf denen weiter gebaut werden kann.

## Gerichtliches.

**Breslau.** Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich am 7. August der sozialdemokratisch organisierte Maurer Piezonka wegen Beleidigung zu verantworten. Der Anklage lag folgender Sachverhalt zugrunde. Piezonka, der unseres Wissens Mitglied des Bezirksvorstandes für den Bezirk Breslau des sozialdemokratischen Bauarbeiterverbands ist, hatte wiederholt in Versammlungen der Lessingstift vorgetragen, daß unser Kollege Krupka (Vertreter der Verwaltungsstelle Kreuzburg) im Jahre 1904 in Banne (Westfalen) Streikbrucharbeiten geleistet habe. Piezonka, der öfters in die von uns angezeigten Versammlungen beordert wurde, half sich dann immer in schwieriger Situation mit Verdächtigungen genannter Art heraus. Am 16. März hatten nun die bösen „Christen“ sich erlaubt, in Markt-Bohrau, Kreis Strehlen, einem bis vor kurzem von den „Genossen“ allein beherrschten Gebiete eine öffentliche Versammlung abzuhalten. Unser Kollege Edermann hatte zu dieser das Referat übernommen. Übengenannter Piezonka war von Breslau aus ebenfalls erschienen. In Erwähnung positiver Darlegungen mußte Piezonka auch hier wieder zu persönlichen Verdächtigungen greifen, und so wurde dem Kollegen Krupka wieder einmal als Streikbrecher dargestellt. „Was hat der christliche Verband 1912 beim Ruhrarbeiterstreit getan? . . . Was sind eure Führer für Menschen? . . . Hat nicht einer Lokalbeamte von Kreuzburg im Jahre 1904 Streikbrecher gespielt? . . .“

usw. Edermann sagte damals, daß wir an anderer Stelle den Wahrheitsbeweis fordern würden. Piezonka erklärte dann immer noch gegen besseres Wissen, wir bringen den Beweis! Wie ganz anders am Morgen des 7. August. Kläger, Angeklagter und Zeuge Kollege Edermann werden aufrufen. Piezonka redet einiges sturmverwirrendes Zeug zusammen. Man hört die Worte: „Klar, Bergarbeiterstreit 1912, alles „Unwahrheiten“, was Zeuge Edermann in Markt-Bohrau am 16. März in der Versammlung gesagt und so noch einiges Nichts sagende mehr.“ Der Hauptzeuge gegen Krupka war nicht zu „ermitteln“ gewesen. Das Lügen gewebe ist zerrissen, die großen Löcher von ehemals sind als einmal verklungen, man kann nichts beweisen. Auf Vorschlag des Amtsrichters kommt ein Vergleich zustande.

Die groben Beschuldigungen werden von Piezonka zurückgenommen, der Angeklagte trägt sämtliche Kosten, auch die unseres Rechtsbeistandes. Er muß innerhalb vierzehn Tagen alles beglichen haben, ansonsten fällt das Vergleichsurteil hinfällig. So fällt diese Ehrabschneidung in Ermangelung jeglicher Beweise vor Gericht in sich zusammen. Unsere Kollegen mögen sich dies Urteil merken, als Unterlage für die Bewertung der aus sogenannten „freien“ Gewerkschaftskreisen herrührenden Verdächtigungen. Markt-Bohrau hat, wenn auch damals durch obige Verdächtigung, der „Genossen“ Zweck erfüllt war, heute eine Zahlstelle unseres Verbandes. Unsere dortigen, auch die über diesen Kreis hinausgehenden Kollegen werden obenstehendes Urteil begrüßen und ihrerseits durch rege Werbetätigkeit die gehörige Antwort geben.

## Aus dem Baugewerbe.

Unter dieser Rubrik finden Baumfälle, Submissionsergebnisse, technische Neuheiten im Baugewerbe und Bergaufnahme Berichte über Baumfälle sind so schnell wie möglich einzufinden.)

**Ahlen i. W.** Auf der Kolonie der Gehege Westfalen stürzte am 29. Juli der Kollege Karl Gahn vom Bau dadurch ab, indem ein über den Sparren angebrachtes Querholz brach, auf welchem die Gerüstbretter aufgelegt waren. Der Kollege erlitt eine Verstauchung der Hüfte und wurde ins Krankenhaus geschafft. Mehr Vorsicht und Sorgfalt beim Gerüstbau!

**Bautätigkeit und Wohnungsbau in deutschen Städten im 1. Quartal 1913.** Das Statistische Amt der Stadt Köln a. Rh. steht mit einer Anzahl Stadtverwaltungen in ständiger Verbindung zum Zwecke der Beschaffung von Material zur statistischen Erfassung der Wohnungsbautätigkeit und des Wohnungsbauvorrates. Wie die vor einiger Zeit veröffentlichte Uebersicht über das erste Quartaljahr 1913 beweist, hat gegenüber dem gleichen Quartal des Vorjahrs die Bautätigkeit im Wohnungsbau ganz erheblich nachgelassen. In den beteiligten Städten zusammen — mit Ausnahme von Mainz und München, deren Angaben zum Vergleich ungeeigneter erscheinen — wurden 2581 Wohngebäude errichtet gegen 3089 im ersten Quartal 1912, während der Zugang an Wohnungen (brutto) 17 691 gegen 21 240 betrug. Eine Abnahme der Bautätigkeit gegen das Vergleichsquartaljahr trat besonders hervor in Essen, Berlin-Wilmersdorf, Frankfurt a. M., Duisburg, Braunschweig, Lübeck, Magdeburg, Charlottenburg, Posen, Stuttgart, Düsseldorf, Kiel und Breslau. Eine erhöhte Bautätigkeit hatten dagegen u. a. aufzuweisen Elberfeld, Mannheim, Erfurt, Karlsruhe, Stettin, Gelsenkirchen, Dresden, Mülheim (Ruhr) und Crefeld.

Im einzelnen ergaben sich folgende Feststellungen: An Wohngebäuden stellte sich der absolute Zugang am größten mit 270 in Köln. Dann folgen Hamburg mit 234 und Düsseldorf mit 225. Über 100 betrug die Zunahme außerdem in Braunschweig (121), Duisburg (103) und Bremen (103). Weniger als 25 neue Wohngebäude gelangten zur Fertigstellung in Cassel, Bremen, Norden, Crefeld, Lübeck, Stettin, Danzig, Kiel, Berlin-Schöneberg, Posen, Charlottenburg, Mainz und Breslau.

Nur auf neuen Grundstücken wurden Wohnhausneubauten errichtet in Berlin-Wilmersdorf, Breslau, Straßburg und Cassel. Über 95 betrug der Prozentzähler außerdem in Bremen, Chemnitz, Duisburg, Erfurt, Karlsruhe, Düsseldorf und Nürnberg. Unter 70 blieb er in Düsseldorf, Danzig, Kiel und Lübeck. In diesen Städten waren also die Errichtungen entsprechend häufiger. Als Durchschnitt ergaben sich 89,1 Prozent.

Der absoluten Zahl nach war der reine Zugang an Wohnungen mit 2672 in Hamburg am größten. In erheblichem Abstande schließen sich Köln und Düsseldorf mit 1450 und 1212 an. Dann folgen Dresden mit 826, Leipzig mit 667, Breslau mit 643, München mit 557, Chemnitz mit 545, Hannover mit 530 usw. Doch keine 100 neuen Wohnungen kamen hinzu in Elberfeld, Straßburg, Kiel, Crefeld, Lübeck und Breslau.

Im Vergleich mit dem Wohnungsbau bestande zu Beginn des Berichtszeitraumes hatte Düsseldorf mit 1,35 Prozent den stärksten Zuwachs aufzuweisen. Im übrigen war der Zugang verhältnismäßig hoch in Berlin-Wilmersdorf (1,12), Bremen (1,11), Köln (1,11), Mülheim-Ruhr (1,03) und Hamburg (1,01 Prozent), niedrig dagegen in Stettin (0,23), Straßburg und Elberfeld (je 0,21), Breslau (0,19), Chemnitz (0,16), Kiel und Lübeck (je 0,15 Prozent); Durchschnitt 0,60 Prozent.

Der Prozentsatz der leer stehenden Wohnungen stellte sich nach den Zählungen vom laufenden bzw. Vorjahr am höchsten in Homburg mit 6,9 Prozent. Dann folgen Berlin-Wilmersdorf mit 6,4, Breslau mit 6,0, Altona mit 4,9 und Kiel mit 4,5 Prozent. Über 3 bis 4 Prozent betrug der Wohnungsbau in Düsseldorf, Mainz und Essen. In allen übrigen Städten mit Ausnahme etwa noch von Nürnberg und Posen mit je 2,9 Prozent, Köln und Mülheim (Ruhr) mit je 2,8 Pro-



zent, standen dagegen verhältnismäßig wenige Wohnungen zur Verfügung. Besonders gering war der vermietbare Wohnungsbau in Dresden und Braunschweig mit 0,9, Dortmund und Bremen mit je 0,8 und Elberfeld mit 0,6 Prozent.

Von Behörden, gemeinnützigen Vereinen und Baugenossenschaften wurden die meisten Arbeitervorhungen (187 in 15 Häusern) in München hergestellt; dann folgen Düsseldorf mit 134 in 60 Häusern, Königswinter mit 99 in 16 Häusern, Halle mit 84 in 1 Haus, Magdeburg mit 70 in 4 Häusern usw. Dagegen kamen Wohnungen in Beamtenwohnhäusern in Zugang 39 in Bremen, 13 in Köln, 9 in Stuttgart, 3 in Gelsenkirchen und je 2 in Mannheim und Danzig.

Die nächste Voraussetzung einer guten Baukonjunktur, nämlich der Mangel an leerstehenden Wohnungen, wäre also in einer ganzen Anzahl Städte gegeben. Trotzdem keine Besserung. Es sind die Schwierigkeiten der Geldbeschaffung, die . . . wie vor ihren lärmenden Einfluß ausüben.

## Bücherschau.

**Das Buch einer 250jährigen Innung.** Vor kurzer Zeit hat die freie Baugewerbs-Innung in dem am gesetzlichen Erinnerungen reichen Landstädtchen Stade (Hann.) das Fest ihres 250jährigen Bestehens unter Teilnahme von Fachgenossen aus ganz Norddeutschland gefeiert. Aus diesem Anlaß hat die Innung ein Brachtwerk herausgegeben, das sowohl im Hinblick auf den wertvollen Inhalt, die Reichhaltigkeit an Reproduktionen Jahrhunderte alter Dokumente usw. und die durch die Buch- und Kunstdruckerei L. Podwitz Nachfolger Karl Krause in Stade besorgte buchkünstlerische Ausstattung als eine sehr erfreuliche Erscheinung auf dem Büchermärkte zu gelten hat. Das Werk führt den Leser auf Grund auffälliger Studien nach einem Vorwort über die Entwicklung des Zimmer- und Maurerberufes und einem geschichtlichen Rückblick 250 Jahre zurück, um ihm in höchst anziehender Darstellung die Aufgaben, Sitten und Gebräuche der alten Handwerksämter zu schildern. Mit der Wiedergabe der zum Teil überaus drastischen alten Kunstreliquien der Zimmer- und Maurergerüste wird ein gutes Stück alter Kulturge schichte dargestellt, so daß das Buch auch als Chronik und Quellenmaterial erheblichen Wert besitzt. Das Buch ist dem Kaiser gewidmet, der durch Vermittelung der kgl. Regierung in Stade der Innung den Dank für die Widmung aussprechen ließ. Das im Selbstverlage der Innung erschienene Buch ist zum geringen Preis von 3,- entweder direkt von der Innung oder von der Buch- und Kunstdruckerei von L. Podwitz Nachf. Karl Krause in Stade zu beziehen.

**Haben unsere Städte ein Vaterhaus?** Rein nur wenige, und die Mietwohnung läßt diesen Begriff, an den sich so unzählbare Erinnerungen unserer Großeltern noch knüpfen, immer mehr verschwinden.

Gewiß weiß man gerade noch den Wert des Elternhauses, eines Vaterhauses zu schätzen oder lernt es, wenn man die Verwandten auf dem Lande besucht oder die Ferien im ländlichen Einsamienhause verlebt, wo die Kinder sich im Garten tummeln und tote Blumen bekommen, die Hausherrin ihr Gemüse und Obst selbst zieht, der Hausherr seine Rosen, und Hühner und Tauben auf dem Hof flattern. Darum streben wir nach Wohnungsbau reform, nach dem Eigenheim auf eigener Scholle, suchend dem Mietshause mit seinen ethischen Nachteilen zu entziehen. Professor O. Schindtzschke, einer unserer besten volkstümlichen Schriftsteller erzählt uns die Leiden und späteren Freuden einer Familie, die sich aus der oft gewecktesten Mietsetage wieder hinaus ins Eigenheim flüchten in „Das Vaterhaus“. Wie Söhnen zu einem Vaterhaus kamen. Den Eltern im Mietshause wird erzählt, wie man heute noch ohne große Mittel leicht zu einem idyllischen eigenen Hause mit ertragreichen Gärten kommt. 64 Seiten, 60 Abbildungen. Preis 1,- (Porto 10 Pf.). Westdeutsche Verlagsgesellschaft m. b. H. Breslau 35.

Beim Lesen dieses Gedichts zu empfehlenden billigen Büchlein wird uns so recht zum Bewußtsein gebracht, wie notwendig es erscheint, daß sich Regierungen und Gemeinden noch mehr mit der Wohnungsbaufrage beschäftigen und daß mehr Familien, die es ermöglichen können, in den Eigenhauskolonien der Vororte, in unseren Gartenstädten wohnen sollten. Und es ist allen möglich, wenn sie sich nach ihrer Decke streben; das lehrt uns dieses Buch.

## Versammlungskalender.

**Achtung! Verwaltungsstelle Berlin. Achtung!**

Am Mittwoch, den 20. August, abends 8½ Uhr, findet bei Komotinic, Lange Straße 30, eine äußerst wichtige Verwaltungsstelle - Versammlung statt.

Die Bahnhöfe werden gebeten, ihre Versammlungen, soweit sie auf den 20. August fallen, auszusetzen zu lassen oder zu verschieben. Die Versammlung der Körner fällt aus.

Alle Kollegen müssen in der Versammlung am 20. August erscheinen.

**Der Vorstand.**

J. A.: A. Bergmann.

## Bekanntmachungen.

Achtung! Verwaltungsstelle Siegen. Achtung!  
Alle die Verwaltungsstelle Siegen betreffenden An-  
gelegenheiten sind zu richten an  
Heinrich Achenthal, Siegen, Sandstr. 36.

### Bezirk Königsberg i. Pr.

In Bezirksbeiträgen gingen bei dem Unterzeichneten bis zum 6. August er. ein:

Verwaltungsstelle Bütig	21 M. 10 Pf.
Dirschau (S.)	8 60
Tarivou	18 30
Krausenberg	22 50
Heilsberg	9 05
Dirschau (D.)	45 40
Chinburg	4 10
Eichel	3 95

Diejenigen Verwaltungsstellen, welche mit ihren Bezirksbeiträgen für das 1. und 2. Quartal er. noch im Rückstand sind, werden aufgefordert, dieselben recht bald einzuschicken.

Königsberg, den 6. August 1913.

August Schönenkäs, Bezirksleiter.

Ausgeschlossen wegen Streifbruchs wurde der Käfer Christian Salzmann, geboren am 13. September 1872 zu Lippstadt, Buchnummer 26958.

Zahnschleife Lippstadt.

Ausgeschlossen wurde von der Verwaltungsstelle Straßburg der Käfer Michael Arbogast, Buchnummer 11041, geboren am 20. Dezember 1861 in Welpheim, wegen Vergehens gegen § 103 des Statuts.

### Sterbetafel.

Am 30. Juli starb unser treuer Mitglied Bernhard Möllmann im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose. Zahnschleife Lüdinghausen.

Am 2. August starb infolge eines Unfalls unser langjähriger Vorsitzender der Zahnschleife Iserlohn, Kollege Heinrich Walzer im Alter von 50 Jahren. Verwaltungsstelle Zweibrücken.

Am 3. August starb unser treuer Kollege, der Käfer Gehr. Langenberg an den Folgen von Infektion im Alter von 42 Jahren. Zahnschleife Hamm (Norden).

Erbe ihrem Andenken!

Unentbehrlich und außergewöhnlich preiswert für unsere Leser!

# Der Haussekretär

Neues Universal-Handbuch für den gesamten schriftlichen Verkehr mit über 1000 Mustern zum praktischen Gebrauch und zur fortwährenden Aufzierung von Briefen in allen nur denkbaren Geschäftszweigen, in Freundschafts-, gesellschaftlichen und Liebesbriefen, von Glückwunschen, Einladungen, Einsehen an Fürsten, an Regierungen, Polizei, Schul-Gesetze, Steuer- und Kommissionsbehörden, Klagen und Schriftsätzen in Kriminal-, Steuer-, Privat-, Konkurs- und allen anderen Rechtszweigen, von Testamenten, Kontrakten, Leih-, Kauf- und Vertragsverträgen, von Schriftsätzen in Militär-, Berufs-, Gewerbe- und Geldsachen, von Vorlagen zu Geschäftsbriefen aller Art, nebst angelegter Anleitung zum Rechnen mit geraden, Bruch- und Decimal-Zahlen, einem ausführlichen Register im Zettel, Wechsel- und Scheckwesen, vielen Mustern zu Karten, Kartenbriefen, Postkarten, Telegrammen, Isoschemen, zu Schriftstücken in Vereinsangelegenheiten, ferner einer besonderen Erklärung des neuen Verfahrens vor dem Amtsgericht sowie einem Wörterbuch der Neuen Deutschen Rechtschreibung und einem Verzeichnis der gebräuchlichsten Fremdwörter.

Gesammelt und herausgegeben unter Mitwirkung zahlreicher Schriftsteller, Juristen, Rechtslehrer und Gewerbetreiber von Dr. Carl Otto.

Das wundervolle Werk erscheint, was sein Titel verspricht; wer es besitzt, erspart

den privaten Sekretär.

### Aufforderung.

Die Kollegen Anton Schäfer, Maurer, und Joseph Müssing, Maurer, beide aus Büdertingen, werden hierdurch aufgefordert, ihre Adresse an Joh. Böcher, Hamm (Westf.), Wilhelmstraße 11, anzugeben, damit ihnen ihr Guthaben zugestellt werden kann.

To h. Böcher.

### Mitteilung der Redaktion!

In letzter Zeit ist die Nebenaufgabe der "Baugewerkschaft" wieder eine ungewöhnlich hohe. Dazu kommt, daß damit dem Verbande unnötige Kosten verursacht werden, brauchen wir nicht näher zu betonen.

Wir haben aus diesem Grunde ein Rundschreiben dem diesmaligen Zeitungsversand beigelegt, und bitten dringend, dasselbe durchzulegen und von der beigelegten Bestellkarte umgehenden Gebrauch zu machen. Wir haben doch keine Veranlassung, die Verbandsabgelder zum Fenster hinauszutragen, wie es durch die Verhinderung des Organs geschieht. Vielmehr unterbleibt die Umstellung aus purer Bequemlichkeit, die dann mit einigen tausend Mark jährlich bezahlt werden muss. Wir haben bei zufälligem Besuch mancher Verbandsbüros schon ganze Stöcke überflüssiger Organe gefunden. Hier sollten die Mitglieder nach dem Rechten sehen. Das Verbandsorgan ist aber auch kein Flugblatt, das man wohllos verteilt, dafür ist es zu teuer. Nur dem Mitglied gehört das Verbandsblatt, sonst niemand. Flugblätter kann man billiger haben.

Wir bitten daher dringend, uns in demstreben zu unterstützen, die Nebenaufgabe der "Baugewerkschaft" auf das größtmögliche Mindestmaß zu beschränken.

Aus der Praxis — für die Praxis! ist ein kleines Werk entstanden, das sich mit dem Berechnen des Bogensradius, Ellipsen mit der Schnur zu ziehen, Korbogenkonstruktionen, überhöhten Bogen, ansteigenden Bogen, Spitzbogen, Kreisbögen usw. befaßt. Jeder Kollege, der sich seine Fortbildung angelegen sein läßt, kann das Werk zum Preis von 1.50 M. zu beziehen durch B. Löchtefeld, Borghorst i. W., oder empfohlen werden.

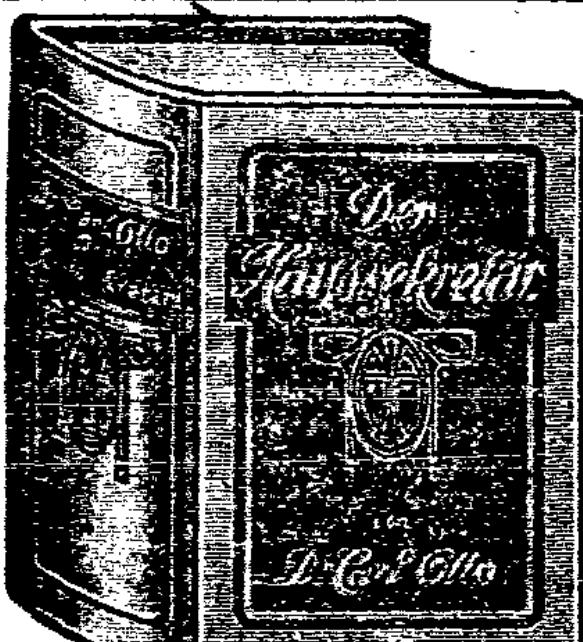
Der Haussekretär ist das neue vollständige Hilfs-, Formular- und Nachschlagebuch mit über 1000 Mustern zum praktischen Gebrauch und zur formvollendeten Fertigung von sämtlichen vorkommenden Schriftstücken, mit einem Wörterbuch der neuen deutschen Rechtschreibung und einem Verzeichnis der gebräuchlichsten Fremdwörter, von Dr. Karl Otto. Der Haussekretär ist ein Handbuch, das aus der Praxis hervorgegangen ist und alles, was irgendwie an schriftlichen Arbeiten in der Familie, im Freundschafts- und geselligen Leben, im Vereinswesen, im Verleih mit den Behörden, dem Gericht usw. vorkommt, von tüchtigen Fachleuten bearbeitet in musterhafter Darstellung und in vielen Hunderten von Beispielen enthält. Dabei sind alle Musterbeispiele dem praktischen Leben entnommen und nicht in der weltfremden Schreibstube der Gelehrten entworfen worden. Das Werk enthält tatsächlich, was sein Titel verspricht. Wir können das Buch allen unseren Lesern nur bestens empfehlen, um so mehr, als der Preis des Werkes äußerst niedrig ist. Es ist hochlegant gebunden, hat Lexikonformat und kostet nur 3 M. durch Willibald Wende's Verlag, Berlin W. 35, Lützowstr. 31.

### Friedensvermittlung

in der Familie erfolgt am besten, sichersten und schnellsten, wenn dem grossen Vater oder der erzürnten Gattin ein passendes Geschenk gemacht wird. Um hierin jederzeit einen zuverlässigen Berater zu haben, ist zu empfehlen, sich einen erprobten Führer anzuschaffen. Als solcher sei der neueste Prachtatalog des hervorragenden, uns als streng reell bekannten Verbandsgeschäfts Jonath u. Co, Berlin NS 672, angelegerlich empfohlen. Es sei nur an die in grösster Auswahl enthaltenen Geschenke und Luxusartikel, Uhren, Goldwaren und Schmuckstücken, Musikinstrumente, Grammophone, Wirtschaftsmaschinen und Stoßern, photographischen Apparate u. dgl. erinnert. — Welch schönes Ansehen das moderne Kaufhaus allenhalben besitzt, bezeugt so recht die Tatsache, daß sich der nach Hunderttausendenzählende Kundenkreis heute schon über 28 000 über Deutschlands erstreckt und sich der Ehrenversand allein auf 25 000 Stück jährlich beläuft. Auch wurden im letzten Jahre Tausende Sprechmaschinen und ca. zweihunderttausend Schallplatten verkauft. Bezüglich der Zahlungsweise sei hervorhoben, daß die Firma in entgegenkommender Weise Teilzahlung in bequemen monatlichen Raten gestattet. Lasse sich jeder Interessent zunächst den reich illustrierten Prachtatalog kommen. Die Zusendung erfolgt ganz umsonst und portofrei von der Firma Jonath u. Co, Berlin NS 672, Belle-Alliance-Straße 3.

### ca. 700 Seiten Ganzleinen Prachtband Lexikon- Format.

Das Werk wird zu dem außerst billigen  
Preise von nur  
**3 Mark**



Der Bestellschein ist einzusenden an  
**Willibald Wende's Verlag, Berlin W., Lützowstr. 31.**



**Emil Hohlfeldt,**  
Dresden-N. 6, Ritterstraße 2 u. 4.  
Spezialfabrikation und Versand  
von  
**Berufsbekleidung**

für Zimmerer, Maurer, Bauarbeiter, usw.

Preisliste a. Verlangen freil. Haus.

**Wichtig für Bauhandwerker!** Das Berechnen des Bogengradienten (Kreisabschnitt), Ellipsen mit der Schnur zu ziehen, verschiedene Korbogenkonstruktionen, Ellipsen durch Vergatterung (Gratbogen), überhöhte Bogen, ansteigende Bogen, Spitzbogen. Preis M. 1.50. Für die Praxis ausgearbeitet und zu beziehen von B. Löchtefeld, Borghorst in Westfalen.

**Veranstaltungen- und Verkehrslokale der Verwaltungs- resp. Zahlstellen.**

### Altentreffen:

Heinrich Böhmer, Eisenacher Str. 114. 14 Tage Samstag-Beratung.

### Borbeck:

Gemeindetag Kirche. Christliches Gewerbeschulhaus. Alle 14 Tage Sonntag-Beratung.

### Caterberg:

Beratungstag. Theolog. Schule. Böhmerstr. 14. 14 täglich Sonntag-Beratung.

### Essen-Rüttenscheid:

Heinrich Olmes, Annastr. 49. Beratungstag der R. St. und Q.

### Essen:

Gebetsstube, Ing. Konrad Meister, Berghofstr. 12. Christl. Gewerbeschule, hilft sich den durchsehenden Beratungstagen besonders empfohlen. Logos — gute, billige Räume.

### Steeler:

Beratungstag bei G. Lehmann, Am Markt 3. Alle 14 Tage Samstag-Beratung.

### Können Sie tanzen?

Keinen Sie aber sehr in einigen Stunden möglich weiterhin zu lernen, dass Sie sich mit jedem Vergnügen auskennen, so berichtet Sie der Tanzlehrer zum Tanztheater in Kasselmeister C. Henry. Preis M. 1.50. Erstig geschafft. Er zu beziehen durch W. A. Schwerz's Verlag, Dresden-N. 6 202.

### „Hotel Küstriner Hof“

inh. Oskar Fuhrmann, Berlin, Madamstr. 8  
Große aus Schlesischen Hotels!

Wieder auf der Höhe der direkt benachbarten, seit 10 Jahren  
beständige Reihe der besten Gewerbe- und Industrie-

Hotels, welche preislich ansetzbare Zimmer mit  
guten Bedienungen zum Vergnügspreis von 1.50 und 2,- M.

Reserve-Fahrverbindung nach allen Richtungen der Stadt  
Berlin und Land. Tel. 2 - Empfehlungen. Am Kurfürst. Platz.

### Ingenieur-Akademie

Wismar a. d. Ostsee  
für Maschinen- und Elektro-Ing.  
Bau-Ing. und Architekten.



**Wirschenken**  
Ihnen eine  
**Cashen Uhr**

Kauf haben, senden Sie uns 6 M., worauf wir Ihnen die Uhr  
schicken. Viele Auszeichnungen schreiben.

Voss & Co., Heidelberg A 30.



Sparsamster Betrieb auf. Sehr günstig. Preis: 1.50 M. Pfund. 1000 Stück. Preis: 1.50 M. Pfund. 1000 Stück.

Inserate in der „Baugewerkschaft“  
haben den besten Erfolg.